

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Wochensatz 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
vierteljährlich 3 M., frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühren
betragen für die sechsgepostene Kolonne
jeite oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf.,
„kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
für das erste Wort 10 Pf., Insertate für
die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochentagen
bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
Feiertagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch:
„Socialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Donnerstag, den 1. August 1901.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Die Junker als Nationalhelden.

Das Compagniegeschäft in der Ausbeutung des Volks bringt es
mit sich, daß die raschen Emporkömmlinge des Industrieboomens,
als ob sie selbst über „Ähnen“ verfügten, die alten Adelsgeschlechter
Osteliens verherrenlichen: „Christ Du meinen Viefadel, so beuge ich
mich demütig vor Deinem Grundadel!“

So wendet sich das Krupp'sche Kanonenblatt, die „Welt. Neuesten
Nachrichten“, heute gegen die „Königliche Zeitung“, die etliche
ironische Bemerkungen über das Ostelbiertum aus Theodor Fontanes
legtem Roman „Stecklin“ abgedruckt hatte, mit folgender Junker-
verherrlichung:

„Die Anerkennung (für die nicht ostelbische Familie Hohenlohe)
braucht sich nicht auf Kosten der „ostelbischen“ Adelsfamilien
zu vollziehen, die seit dem Großen Kurfürsten die
Schlachten von Brandenburg und Preußen ge-
schlagen und die 1813, als der mittel- und süddeutsche
Adel zum großen Teil unter Rheinbundsflaggen stand, „da waren,
als Kot am Mann war“, die Erhebung Ostpreußens
mit hochherzigem Beispiel und unter größten
persönlichen Opfern in die Wege leiteten, nicht „bloß auf-
mudten“, sondern als „wirklich Vornehme nicht einem Machthaber,
sondern dem Gefühl ihrer Pflicht gehorchten“, — gegen den
Willen des Königs. Die Verdienste des Fürsten Hohenlohe stehen
geschichtlich so fest, daß ihre Anerkennung sich nicht unter Ver-
unglimpfung der alten Schwerträger Brandenburg-Preußens zu
vollziehen braucht.“

Das ist das alte Lied, nur daß es jetzt nicht bloß die Junker
selbst durch ihre Organe künden, sondern daß es auch die Ritter von
der Industrie nachsprechen. Herr v. Miquel, auch ein durch den
Kapitalismus zum Adel gediehener Emporkömmling, entwickelt gern
den gleichen Adelsstolz über „unsre Ähnen“.

Noch kurz vor seinem Sturze hat er noch eine kleine Separat-
vorstellung als erster aller politischen Schlangeummenschen gegeben,
indem er anlässlich eines Interviews zu gleicher Zeit ein tiefes
Kompliment vor dem Kanal und den Junkern machte. Er meinte,
der von ihm hintertriebene Kanal sei „ein Gebot der Vernunft“,
aber er könne nicht gegen den Willen der Junker gebaut werden,
weil diese die preußischen Schlachten geschlagen
hätten.

Diese Behauptung, daß die preußischen Junker die preußischen
Siege erfochten hätten, wird fast stets als eine Entschuldigung für
die staatliche Bevorzugung der Junken zc. angeführt, und
der Wuchertarif wird nicht zum mindesten mit dem Hinweis gerechtfertigt,
daß es unbedingt notwendig sei, die Willschäfte aller Menschen-
rassen, eben das Ostelbiertum, dem Volke und der Menschheit zu
erhalten.

Das ist die Dichtung. Wie aber lautet die Wahrheit?
Es ist eine eigenartige Erscheinung der preußischen Armee,
daß die weitaus überwiegende Mehrzahl ihrer
bedeutenden Generale überhaupt keine Preußen,
also auch keine preußischen Junker waren, sondern erst von aus-
wärts in das preußische Heer importiert wurden.

In der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts sehen wir an der
Spitze des kurbraunenburgischen Heeres den Generalfeldmarschall
Derfflinger. Er war aber kein Preuze, sondern nach der einen
Angabe ein österreichischer Dorfe Neuhofen, nach der andern in
einem böhmischen Dorfe geboren. Erst mit 48 Jahren, nachdem
er den 30-jährigen Krieg unter den schwedischen Fahnen mit-
gemacht hatte, trat er in preußische Dienste. Zu Beginn des 18. Jahr-
hunderts ist Leopold von Dessau, den gewiß auch niemand zu den
preußischen Junkern zählen kann, der erste der preußischen Generale.
In der Kriegszeit Friedrichs II. steht besonders Seydlitz, der
dem König manche Schlacht gewann, hervor. Auch Seydlitz gehörte
nicht zu den ostelbischen Krautjunkern, seine Wiege stand vielmehr
am Rhein, im damaligen Herzogtum Kleve. Ebenfalls vorzügliche
Dienste leistete dem König der Feldmarschall Keith,
der aber ein geborener Schotte und erst aus der russischen
Armee in die preußische getreten war. Und sieht man genau zu, so
ist auch Friedrich II. kein Vollblutpreuze. Wie es bei allen
Mitgliedern regierender Häuser der Fall ist, war auch sein
Stammvater in der Linie der weiblichen Ähnen ziemlich inter-
national. Seine Mutter und Großmutter waren Hannoveranerinnen,
seine Urgroßmutter eine Dänemäx.

Auf die an kriegerischen Vorbeeren so reiche Zeit Friedrichs II.
folgte, wie bekannt, der speispiellose Niedergang der preußischen
Armee, ein Niedergang, der alle Stufen, angefangen von
der Blamage bis hinunter zur erbärmlichsten
Feigheit und zum niederträchtigsten Verrat auf-
weist. Und hier haben die Herren Junker, wie die Ge-
schichte Preußens im Jahre 1806 und 1807 beweist, allerdings an
der Spitze gestanden. Für die Art und Weise, wie sie wohlbewehrte
Festungen meist schon der anrückenden Vorhut der Franzosen
übergaben, nachdem sie einige Tage vorher noch renommierter hatten,
daß sie eine Kapitulation niemals unterzeichnen würden, findet man
in der Kriegsgeschichte freilich kein Beispiel mehr. Dies bleibt eine
Spezialität derjenigen, die die Krupp-Organe und Herr v. Miquel
als die preußischen Schlachtengewinner bezeichneten. In den er-
wähnten Tagen der Schande und Schmach blieben vor allem vier
Männer, die auch bei der Wiedererhebung Preußens die hervor-
ragendsten Rollen spielen sollten, aufrecht: Blücher, Gneisenau,
Scharnhorst, Yorck. Aber keiner von ihnen war ein preußi-
scher Junker.

Blücher stammte aus Mecklenburg und seine ersten Spuren
verdiente er sich in der schwedischen Armee, und zwar im
Kampfe gegen — Preußen. Erst dadurch, daß er bei einem Streif-
zug seinen damaligen Gegner in die Hände fiel, kam er in

preußische Dienste. Gneisenau ist der Sohn eines österreichischen
Hauptmanns und war ursprünglich österreichischer Husar.
Scharnhorst war ein Hannoveraner und diente bis zur
Oberflüchtenantschirge in der hannoverschen Armee. Yorck
war allerdings ein Preuze, aber keiner von den edelsten und Besten,
sondern das Kind einer — Wäscherin.

Wenn man der Periode unmittelbar vor und während der
Vefreiungskriege gedenkt, so ist es unmöglich, den Freiherren
v. Stein, mag er auch kein Soldat gewesen sein, zu vergessen.
Auch er stammte nicht aus dem Kreise der Junker, ja nicht einmal
aus Preußen, sondern war von Geburt ein Russener.

Wer war ferner der Schlachtenlenker 1806 und 1807? Vielleicht
ein preußischer Junker? Nein, denn Herr v. Moltke hat ebenso
wie Blücher in Preußen das Licht der Welt erblickt.
Und ebenso wie Derfflinger, Keith, Blücher, Gneisenau, Scharnhorst
begann er seine militärische Laufbahn nicht in der preußischen Armee,
sondern in einer andern, nämlich in der dänischen.

Wir haben im Vorstehenden gewiß die bekanntesten und be-
deutendsten der preußischen Generale erwähnt. Wo bleiben nun die
großen Feldherren aus den Reihen der ostelbischen Junkerschaft?
Durchschnitts-Generäle hat sie dank der bekannten Be-
vorzugung, die in Preußen der Geburtsadel genießt, allerdings genug
geliefert, aber bei diesen Herren wurden die Verdienste jener, die
ihrem Posten gewachsen waren, durch die Dummheiten der andern,
die ihre Aufgaben nicht erfüllen konnten, reichlich ausgeglichen.

Zum Schluß noch einen Beweis dafür, daß die verehrlichen
Herren Junker sogar in einer Zeit, wo die preußische Armee noch
unter dem Eindruck vor kurzem erfochtener Siege stand und man
daher gerade bei den Offizieren erhöhten Dienstleifer hätte erwarten
sollen, manchmal nur mit Mühe zur Erfüllung ihrer Pflichten zu
bewegen waren. Am 14. Mai 1750, also 5 Jahre nach der sieg-
reichen Beendigung des 2. schlesischen Krieges, sah sich Friedrich II.
genötigt, „den Capitaines und Staats-Capitaines“ vom ersten
Bataillon Garde, somit Offizieren, die sich aus den ersten
Junkergeschlechtern rekrutierten, eine gewaltige schriftliche Rase zu
erteilen, in der folgende charakteristische Stellen vorkamen:

„Die Capitaines vom ersten Bataillon haben ihr Devotir
als Commandeurs der Compagnien bloß nicht so observieret,
als es von accuraten Offizieren gefordert wird. . . . Es ist nicht
genug, daß der Capitaine die Offiziers und Gemeinen seiner
Compagnie bei Namen kennt, sondern er muß ihre Conduite aus-
wendig wissen und muß sich also mehr mit seiner Compagnie zu
thun machen, wie es bisher geschehen ist. . . . Es ist
eine Schande, da die Capitaines die schönste Com-
pagnien von der Armee zu commandieren haben, wogu der
König die Leute mit vielen Fleiß und Unkosten zusam-
bringen muß, daß die Offiziers nicht das geringste Attache-
ment vor die Leute haben, sondern bey einigen Gelegen-
heiten gar zu brutal und bey anderen gar zu indolent mit ihnen
sind. Dann es auch die schlechtesten Compagnien von der Armee
wären, so müssen sie nach ihrer Schuldigkeit doch vor die Leute
sorgen, aber sie Kosten ihnen nichts, also fragen sie auch gar
nichts darnaach.“

Solchermaßen mußte Friedrich II. die hochadeligen
Herren „Capitaines“ vom ersten Bataillon Garde an ihre Pflichten
mahnen.

So sehen die ostelbischen Nationalhelden aus!

Politische Ueberblick.

Berlin, den 31. Juli.

Das verbotene Koalitionsrecht.

Die Amtshauptmannschaft Dresden-Alstadt
hat, wie wir schon gestern berichteten, mit acht sächsischen Polizei-
magnahmen in den Streik der Glasarbeiter eingegriffen, indem sie
den streikenden Ausländern Ausweisungsbefehle zustellte. Aber
die fürsorgliche Amtshauptmannschaft ließ es nicht bei dem Vorgehen
gegen die ausländischen Arbeiter bewenden, sondern sie hat sich auch
für befugt erachtet, in das gesetzlich gewährleistete Koalitions-
recht der einheimischen Arbeiter einzugreifen und das durch kein
Gesetz untersagte Streikpostenstehen rundweg zu ver-
bieten!

Die „Sächsische Arbeiterzeitung“ veröffentlicht eine von der
Amtshauptmannschaft erlassene Bekanntmachung. Sie lautet:

Das sogenannte Streikpostenstehen bei Arbeits-
ausständen und jede dem ähnliche Handlung, die dazu bestimmt
und geeignet ist, Arbeitswillige von der Arbeit abzuhalten oder
einzuschüchtern, wird, weil dadurch die öffentliche Ordnung
und Sicherheit gefährdet, auch über die Kreise der Arbeits-
geber und Arbeiter hinaus das Publikum beunruhigt
und belästigt wird, hermit noch ausdrücklich verboten
und, falls nicht gerichtliche Verurteilung nach § 153 der
Reichs-Gewerbe-Ordnung oder polizeiliche Verurteilung nach § 1
der Verordnung, den Verleher auf öffentlichen Wegen betreffend, vom
9. Juli 1872 eintritt, nach Beständen auf Grund von § 380 Ziffer 11
des Reichs-Strafgesetzbuchs mit Geldstrafe bis zu 100 M. oder mit
Gast bis zu 14 Tagen bestraft werden.
Dresden, am 27. Juli 1901.

Königliche Amtshauptmannschaft Dresden-Alstadt.
Dr. Schmidt.

Es ist noch allgemein bekannt, daß der Senat von Lübeck
seiner Zeit eine Verordnung erließ, welche das Streikpostenstehen
ganz allgemein verbot, und es ist ebenso bekannt, daß diese Ver-
ordnung vom Reichsgericht als rechtsungültig erklärt
wurde.

„Eine Verordnung, die das Streikpostenstehen an sich (also
nicht aus streifen- oder verkehrspolizeilichen Gründen) verbietet, ist
wegen Kollision mit §§ 152 und 153 der Reichs-Gewerbe-Ordnung
nicht rechtsungültig.“

So entschied das Reichsgericht am 4. Februar 1901.

Hiernach hat auch die Dresdener Amtshauptmannschaft kein
Recht, das Streikpostenstehen zu verbieten. So lange die Streik-
posten sich keiner Uebertretung eines Gesetzes schuldig machen, dürfen
sie ihre für die Durchführung eines Streiks notwendige Tätigkeit
ungehindert ausüben. Ob derartige Uebertretungen vorkommen, ob
die öffentliche Ruhe und Sicherheit durch Streikposten gefährdet, ob
das Publikum durch Streikposten beunruhigt und belästigt wird, das
hat die Polizei erst abzuwarten, und wenn derartige Ausschreitungen
verübt werden, dann kann sie gegen die Freveler vorgehen. Das
Streikpostenstehen aber von vornherein verbieten, das ist un-
gesetzlich.

Aber die Amtshauptmannschaft geht noch weiter. Sie ver-
bietet auch im Voraus jede dem Streikpostenstehen
ähnliche Handlung. Ja, welche Handlungen sind denn dem
Streikpostenstehen ähnlich? Darüber dürfte wohl niemand im Klaren
sein, außer vielleicht der Herr Amtshauptmann selber. Da aber
dieser Herr den dunklen Sinn der betreffenden Worte nicht näher
erläutert hat, so bleibt es jedem beliebigen Polizisten überlassen,
irgend etwas, was irgend ein Streikender thut, als eine dem Streik-
postenstehen ähnliche Handlung anzusehen und den Betreffenden zur
Anzeige zu bringen.

Obgleich das bezeichnete Verbot gesetzlich durchaus unhaltbar
ist, so werden doch jedenfalls auf Grund desselben die streikenden
Glasarbeiter mancherlei Unannehmlichkeiten und Unbilligkeiten
aussehen haben, bevor das von der Amtshauptmannschaft er-
lassene Verbot durch gerichtliches Urteil als nicht mit dem Gesetz in
Einklang stehend bezeichnet wird.

In der Wirkung läuft das Verbot auf eine Schädigung der
Streikenden und auf eine Begünstigung der Unternehmer hinaus.

Der Geist des Justizhausgesetzes spukt eben immer noch herum,
ganz besonders in Sachsen.

Wesse.

Der frühere preußische Kultusminister Wesse ist am Mittwoch,
69 Jahre alt, einem schweren Leiden erlegen.

Als er im März 1892 dem Vater des allerchristlichsten Volks-
schulgesetzes, den Freiherrn v. Jeddly-Trüpfel abtrat, setzte man
einige Hoffnungen auf ihn. Er war bekannt geworden durch eine
scharfe Rede gegen das studentische Corpswesen und die daraus
folgende mangelhafte Vorbildung unserer Staatsbeamten.

Nachdem er aber einmal Minister geworden, war an ihm von
liberalen Neigungen nichts zu merken. Während der sieben Jahre,
die er im Amt bleiben durfte, erwies er sich durchaus als
Minister des Kultus, nicht der Kultur. Auch war er ein
sehr frommer Mann, der auf dem Verwaltungsweg er-
reichte, was sein Vorgänger gesetzlich festlegen wollte. Besonders
leid unter ihm das Universitätswesen. Er übte scharfe Kontrolle und
duldete keine „Verlehen“. Unter ihm blühte das System der „Straf-
professuren“, das darin bestand, verdächtigen Universitätslehrern von
Staatswegen „einwandfreie“ Kollegen zwangsweise auf den Hals
zu setzen. Verschiedentlich versuchte er, Professoren, die allzu freie
Meinungsaussäuerungen gewagt hatten, disciplinarisch zu drangsalieren.
Denn Wesse war immer nur für „thunlichste“ Freiheit der Wissen-
schaft und er war stets bereit, dem Stummischen oder Kanitischen Ver-
langen nach „Männern der Praxis“ auf dem Katheder zu willfahren;
unter Männern der Praxis verstanden sie Personen, die unbeschwert
durch wissenschaftliche Ueberzeugung geneigt wären, die Ausbeutung
als nötig und nützlich zu beweisen.

In aller Erinnerung ist noch, daß er eigens ein besonderes
Rechtsgesetz für Privatdozenten schuf, nur um das Mittel in die
Hand zu bekommen, unsern Genossen Kronz aus der Universität zu
entfernen, wo er Physik lehrte. Dieses Gesetz ist ihm denn auch
geglückt.

Wesse ist im Jahre 1899 über den Mittelland-Kanal gestürzt.
Er hatte seinen Hilfsarbeiter Jemer wegen seiner Ablehnung des
Kanals gemahregelt. Darob wurde der Minister gesellschaftlich
bohlottiert, und schließlich der Wut der rebellierenden Junker geopfert.

Alles in allem; auch Wesse stammte aus jenem Geschlechte
preußischer Kultusminister, dem die Wöllner und Mülller angehörten.
Auch er war ein Minister gegen den Geist.

Deutsches Reich.

Herr Bachem und die Erfelder Handelskammer. Während
die Rede Bachems, in welcher er sich für den Doppeltarif und die
Erhöhung der Zölle ausspricht, noch die Kunde durch die Presse
macht, verläßt der Bericht der Erfelder Handelskammer die Druckerel.
Dieser Bericht spricht sich ganz entschieden gegen den Doppeltarif
und für langfristige Handelsverträge aus.

In dem Bericht heißt es, nachdem die rückläufige Konjunktur
konstatiert ist:

Neben dem allgemeinen Niedergang wirken die kriegerischen
Ereignisse verschlechternd auf das Geschäft, namentlich auf den
Außenhandel. Der südafrikanische Krieg übt einen ungünstigen
Einfluß auf den englischen Markt, und die chinesischen Wären
schädigen den Absatz nach Ostasien. Angesichts dieser Störungen
auf wirtschaftlichem Gebiete erscheint die Sicherung der vorhandenen
ausländischen Absatzmärkte um so wichtiger. Eine weitere erheb-
liche Erschütterung der Grundlagen für die Handels- und Industrie-
tätigkeit unseres Vaterlandes könnte bedenklich werden. Deshalb
muß als die bedeutendste wirtschafts-politische Aufgabe der Gegen-
wart und der nächsten Zukunft bezeichnet werden: die Schaffung
eines allen billigen und gerechtfertigten Wünschen entsprechenden
Zolltarifs und Aufrechterhaltung der guten Handelsbeziehungen
und des wirtschaftlichen Friedens mit dem Ausland. Der
Erreichung dieses Zieles werden leider seitens einzelner
Parteien im Lande ebenso viele Schwierigkeiten bereitet,
als sie der Durchführung der großen und bedeutsamen
Kanalprojekte nun schon seit Jahren in den Weg gelegt worden

find. Demgegenüber aber sollte die Staatsregierung unerschütterlich an der Ueberzeugung festhalten, daß von der Förderung unserer inneren und äußeren Verkehrsbeziehungen das wirtschaftliche Gedeihen und die Weltmachtstellung Deutschlands abhängig sind.

Außerdem beschloß die Handelskammer einstimmig eine Resolution, welche dem Reichsfinanzler übermitteln wurde und welche folgenden Passus enthielt:

Die Handelskammer spricht sich für unveränderte Beibehaltung der bewährten, bisherigen Zollpolitik aus. Sie ist daher für langfristige Erneuerung der bestehenden Handelsverträge und für den Abschluß solcher Verträge mit Staaten, mit denen bis jetzt eine handelspolitische Einigung nicht erzielt worden ist. . . Die Kammer spricht sich deshalb gegen die gesetzliche Festlegung eines Maximal- und Minimalzolls aus, da eine solche das Zustandekommen von Handelsverträgen sehr erschweren, ja vielleicht unmöglich machen würde.

Schneller und besser konnte Dr. Wagem nicht ad absurdum geführt werden und das von Sachverständigen seines eignen Wahlkreises.

Ein Subventiosus des Bundes der Landwirte. Wir haben uns bereits wiederholt mit dem von dem Bunde der Landwirte ausgehaltenen Geheimagenten im Centrum, Herrn Bauer, beschäftigt. Zur Charakteristik auch dieses Apostels der Wucherzölle schreibt unser Münchener Partei-Organ:

Herr Bauer giebt an Vielfältigkeit der politischen Berührungbarkeit dem Herrn Nahrung nichts nach. Vor einem halben Dutzend Jahren, als die „Rheinische Volksstimme“ sich infolge finanzieller Schwäche genötigt sah, ihr Personal zu reduzieren und sich von Köln nach dem billigen Landstädtchen Kempen zurückzuziehen, da wandte sich Herr Bauer brieflich an unsern Genossen Karl Hirsch, den damaligen Leiter der „Rhein. Zeitung“, und bat ihn um eine Unterredung. Diese fand statt und Herr Bauer bot sich unserm Kölner Partei-Organ als Mitarbeiter an, namentlich stellte er wirkungsvolle Artikel gegen das Centrum in Aussicht. Genosse Hirsch verzichtete auf die Verbindung mit dem arbeitswilligen Herrn Bauer, was dieser damit vergalt, daß er in seiner späteren journalistischen Thätigkeit, die er im Dienste des Centrums ausübte, besonders geschickte Artikel gegen die Socialdemokratie schrieb.

Herr Bauer ist trotz seiner Annäherungsversuche an die Socialdemokratie ein treuer Sohn des Centrums geblieben. Als allerdings die Verwicklung in Gestalt des Bundes der Landwirte an ihn herantrat, wurde seine Stellung im Centrum etwas eigenwilliger Art. Er kämpft im Centrum gegen das Centrum; er ist, wie der Vortwärts! festgesetzt hat, als Agent des Bundes der Landwirte im Centrum thätig. Als solcher sucht er in der kleinen Centrumpresse des Rheinlands das Verständnis für das ostelbische Agrarprogramm zu fördern, die Vorurteile gegen die Wangeheimischen Scharen zu zerstreuen und Osten und Westen auf der gemeinsamen Basis des Bundes der Landwirte zusammenzuführen.

Die Thätigkeit des Herrn Bauer für die Landbändler geht noch weiter. Man hat ihn in der jüngsten Zeit bei Gelegenheit der Versammlungen des Bundes in Düsseldorf und Köln in diesen Städten eine eifrige Thätigkeit entfalten sehen, und es dürfte nicht schwer nachzuweisen sein, daß er bei der Veranstaltung dieser Versammlungen stark beteiligt gewesen ist, mindestens aber eine hilfreiche Hand geleistet hat.

Herr Bauer hat sich dagegen gewehrt, der Agent des Bundes der Landwirte zu sein; vielleicht gefälscht es ihm besser, wenn wir ihn den Impresario des Bundes der Landwirte im Rheinland nennen.

Wollte etwa Herr Bauer schuldigenerische Artikel in unser Kölner Blatt hineinschmuggeln?

Antikes Wahlresultat in Memel-Gebedung. Bei der Stichwahl im Wahlkreise Memel-Gebedung wurden am 27. d. M. im ganzen 15 961 Stimmen abgegeben. Hiervon erhielt Gutsbesitzer Natkull in Mlyten, Kreis Memel (Konservativ und Littauer) 9123 Stimmen, Kandidat Braun-Königsberg (Socialist) 6838 Stimmen. Ersterer ist somit gewählt.

Das bröckelnde Centrums-Vollwerk. Die Selbstanpreisung des Centrums als eines festen Bollwerks gegen den roten „Umsturz“ hat durch die Duisburger Wahl eine drastische Kritik erfahren. Die „Köln. Volkszeitung“ selbst giebt zu, daß es Weirle im Wahlkreise gebe, in denen die Hälfte der von Katholiken abgegebenen Stimmen nicht dem Centrums-Kandidaten zugefallen sei. Auch in Duisburg haben von 18 767 Wahlberechtigten 15 317 gestimmt, und erhielten davon: Dr. Beumer 5405, Präsident Buntel 5048 und Heugsbach 4325 Stimmen. „Dieses Zahlenbild“, heißt es in der „Köln. Volkszeitung“ hierzu, „illustriert wohl mit aller Deutlichkeit die Thatsache, daß ein erheblicher Teil der katholischen Wählerschaft zu den Socialdemokraten abgewandert ist.“ Das Centrum wird sich an derartige bössartige Erfahrungen gewöhnen müssen.

Auf diesen nicht mehr ungewöhnlichen Einsall. Die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ produziert einen schneidenden satirischen Einsall, indem sie das folgende geheime Altensück zum Besten giebt: **Streng vertraulich!** Berlin, 28. Juli 1901.

An den Vorstand des Bundes der Landwirte Berlin W., Dessauerstraße.

Civ. Hochwohlgeboren werden bemerkt haben, daß der Politiker auf heftigen Widerspruch im Volke stößt. Besonders die socialdemokratische Presse entfaltet eine sehr rege Agitation gegen den Entwurf. Wir würden nun diesseits sehr gerne zur Aufklärung des Volkes über den wahren Sachverhalt beitragen, wenn wir nicht durch die Geringfügigkeit des uns zur Verfügung stehenden Fonds daran gehindert würden. Civ. Hochwohlgeboren werden es deshalb nicht als unbillig ansehen, wenn wir an Sie das ergebene Ersuchen richten, uns zur Verbreitung des antiken Materials die Summe von 12 000 M. zur Verfügung zu stellen, über deren bestimmungsgemäße Verwendung wir seiner Zeit Civ. Hochwohlgeboren Rechnung legen werden. Civ. Hochwohlgeboren wissen, daß über derartige Subventionen bei uns stets genau Buch geführt wird, ebenso wie die Belege ordnungsmäßig gesammelt werden.

Indem wir uns der angenehmen Hoffnung hingeben, bei Civ. Hochwohlgeboren keine Fehlbite zu thun, zeichnen wir mit vollkommener Hochachtung

(Unterschrift unleserlich.)

Wir können hinzufügen, daß allerdings der Bund der Landwirte klüger handeln wird als der Centralverband der Scharfmacher. Er wird fortfahren, gegen den Tarif als „viel zu niedrig“ zu hetzen. Wer wird da auf den Verdacht geraten, daß es der Bund sei, der die tariffeindliche Agitation subventioniert!

Das geheimnisvolle Chinawaren-Zusertat im „Militär-Wochenblatt“ versucht ein Organ für „Humenschwund“, die „Rhein-Westf. Anz.“ so zu erklären: Es sei durchaus nichts Unnatürliches, daß Offiziere, die in China waren, Chinawaren eventuell abzugeben haben, die sie in China billig, aber auf ehrliche Weise erhalten haben.

Wir kennen die Sagenungen des Offiziergeistes nicht so genau, aber wir finden es doch sehr unnatürlich, daß das „Militär-Wochenblatt“ dieselbe Handelsgeschäfte den zur „Verteidigung der deutschen Ehre“ nach China gelangten Offizieren zutraut.

Chronik der Soldatenmishandlungen. Das Kriegsgericht der XVIII. Division zu Petersburg verurteilte den Bataillonstambour Unteroffizier Schenk von der 7. Compagnie des Infanterie-Regiments Nr. 86 wegen körperlicher Mishandlung eines Untergebenen zu 10 Tagen Mittelarrest. Der Angeklagte ist bereits einmal wegen Mishandlung Untergebenen mit 8 Tagen mittleren Arrests bestraft. Er wird beschuldigt, im September 1900,

bei dem Leben der Spielleute, dem Hornist Hildebrandt einen Schlag an den Hinterkopf versetzt zu haben. Schenk erklärt, sich auf diesen Vorfall nicht mehr bestimmen zu können. Der Fäßler Hildebrandt ist als Zeuge erschienen, er verbißt zur Zeit eine vierwöchentliche strenge Arreststrafe wegen Achtungsverletzung gegenüber Schenk, da er diesem mit Anzeige gedroht hatte. Der Zeuge sagt aus, er habe bei dem Leben einen falschen Ton abgegeben, der Bataillonstambour sei auf ihn zugekommen und habe ihm den Schlag versetzt. Am nächsten Tage meldete er diesen Vorfall dem Feldwebel Schütt, dessen Püger er war. Doch ist eine Weitermeldung nicht erfolgt. Erst bei der Protokollaufnahme über sein Vergehen brachte er die Mishandlung nochmals zur Anzeige. Der Gefreite Hummel erklärte als Zeuge, er habe gesehen, wie Unteroffizier Schenk dem Hildebrandt den Schlag versetzte, dem letzteren sind die Thränen über die Waden gelaufen. Der Feldwebel Schütt kann sich nicht erinnern, ob ihm Hildebrandt diese Mishandlung gemeldet habe. Der Vertreter der Anklage hält den Thatbestand für erwiesen, er beantragt 14 Tage mittleren Arrest. Das Kriegsgericht erkennt auf zehn Tage mittleren Arrest, da es die Mishandlung eines Untergebenen während des Dienstes für erwiesen erachtet.

Ausland.

Kampf gegen die Gewerkschaften.

Paris, 30. Juli. (Fig. Ver.) Die Förderung der Gewerkschaften, wenn auch freilich nicht des gewerkschaftlichen Kampfes, schien bis vor kurzem der einzige oder vielleicht einer der wenigen Punkte zu sein, die noch das Ministerium Waldeck Rousseau-Willereand von den gewöhnlichen „Konzentrations“-Ministerien unruhiglichen Angebots vorteilhaft unterschied. Jetzt schreitet die ministerielle Politik auch auf diesem Gebiet immer mehr vorwärts.

Es folgten Schlag auf Schlag zwei gewerkschaftsfeindliche Maßnahmen. Den Angestellten des Pariser Octroi (städtisches Zollamt) wurde verboten, sich in einer Gewerkschaft zusammenzuschließen. Sodann erhielten die kommunalen Angestellten vom Seine-Präfekten die Weisung, jedesmal, wenn sie von einer Kommission des Pariser Gemeinderates zur Entsendung von Delegierten eingeladen werden, um über irgend eine Frage Auskunft zu geben, der Einladung nicht eher zu folgen, bis sie dazu die Erlaubnis ihrer Vorgesetzten erhalten haben. Außerdem beschwerten sich die kommunalen Angestellten über verschiedene Schuhrigeleien, denen die hingebendsten Gewerkschaftsmitglieder seitens der Präfektur ausgeführt sind.

Dieser Tage haben die Pariser Gewerkschaften gegen die bezeichneten Willkürakte der Regierung in zwei Versammlungen energisch protestiert. In einer dieser Protestversammlungen beteiligten sich die antiministeriellen socialistischen Deputierten Groussier und Dejeante und der ministerfreundliche Deputierte Allemane. Auch dieser versprach den Gewerkschaften seine Unterstützung im Kampf gegen die Willkürakte der Regierung.

Eine weitere Schuhrigelei der Gewerkschaften seitens des Seine-Präfekten ist die Ernennung von fünf ausgedienten Unteroffizieren zu Aufsehern der Arbeitsbörse, während bisher dieser Posten selbstverständlich älteren Arbeitern vorbehalten wurde. Die Gewerkschaften erblicken mit Recht in der Militarisierung des Aufseherpersonals eine feindselige Handlung, die zu Konflikten zwischen den militärisch aufgebildeten Aufsehern und den Gewerkschaften führen muß, sowie eine Verletzung der Interessen der älteren stillosen Arbeiter zu Gunsten der privilegierten Unteroffiziere, die, trotz ihrer Abzugs Pension, ohnehin bei allen niederen Civilposten gleich bevorzugt werden. — Die Verwaltungskommission der Arbeitsbörse (die gewählte Vertretung der Gewerkschaften) hat eine Protestresolution votiert, in welcher die Aufhebung des Präfektenbeschlusses gefordert wird.

Noch schlimmer ist die Haltung der Regierung im neuen Streit der lothringischen Eisenbahner. Dort gab es keine Streikbrecher zu beschäftigen, indem von 370 Angestellten 350 am Streik teilnahmen. Die Regierung schickte aber 150 Geniesoldaten und 500 Infanteristen, um — die Streikenden zu erschrecken! Zum Glück haben die Lokalbehörden mehr Einsicht gezeigt als der untrügliche Arbeitsminister Baudin und seine Regierung. Es kam daher noch rechtzeitig ein für die Arbeiter vorteilhafter Ausgleich zu Stande, ehe das bereits gelandete Militär die Eisenbahnen besetzen und die Streikenden erschrecken konnte. Nur den Lokalbehörden ist es zu danken, daß auf Korrika kein Arbeiterblut vergossen wurde, was bei dem heißblütigen forschigen Temperament die unvermeidliche Folge der gouvernementalen Provokation gewesen wäre. . .

Zu Montceau-les-Mines setzt die Grubenverwaltung ihren Kampf gegen die Gewerkschaft fort. Sie hat den socialistischen Wahlsieger in den Generalrats-Wahlen mit einem Rache-Akt beantwortet: vier Mitglieder des Gewerkschaftsvorstands, darunter der Generalsekretär der Gewerkschaft, wurden soeben gemahregelt. Dieser Rache-Akt ist zugleich eine Einschüchterungsmaßregel im Hinblick auf die Kammer-Wahl vom 4. August. Unterdessen schlummern die seit Jahren in der Kammer eingebrachten Entwürfe auf Sicherung des Koalitionsrechts gegen derartige Rache-Akte des Unternehmertums in der Mappe der „bestellten“ Kommission. Leider ist die Gewerkschaft zur Zeit wohl nicht im Stande, den ihr hingeworfenen Handschuh aufzuheben. Seit dem letzten Streik hat ja die Grubenbesetzung unter Verletzung ihres von der Regierung garantierten Versprechens anstatt 450 etwa 1000 Arbeiter entlassen können, ohne auf Widerstand zu stoßen. —

Schweiz.

Verhaftung eines Anarchisten. Nach einem Telegramm der „Frankfurter Zeitung“ aus Zürich wurde auf Anordnung der Bundesanwaltschaft der Italiener Gallioiti, ein aus Patterlon signalisierter und seit längerem im nahen Whilison sich aufhaltender Anarchist, verhaftet.

Ob es sich um eine neue Verletzung des Asylrechts und einen neuen Handlungsdiens gegenüber Italien handelt? —

Italien.

Neuer Korruptionsprozess in Neapel. Der Skandalprozess Casale hat bereits einen Nachfolger gefunden, den Prozess Aliberti. Wie der seinerzeitige Abgeordnete für Neapel I, Casale, in jenem Prozess, der durch die mutigen Angriffe der Socialisten auf den ebenso mächtigen wie schamlosen Verbrecher erzwungen worden war, entlarzt wurde, so ist auch der Abgeordnete für Neapel II, Aliberti, durch die Angriffe einer republikanischen Zeitung entlarvt worden. Auch dieser Prozess legte die fürchterliche Schandwirtschaft, die durch Abgeordnete, Beamte und Staatsfuglen in Neapel seit alters etabliert ist, das System des Betrugs, der Bestechung und der Hinstellungswirtschaft, wieder erbarungslos bloß. Nichtsdestoweniger wandert der Redacteur des Blattes, das sich das große Verdienst um Staat und Gemeinde erworben, in den Kerker und an die Stelle der paar entlarvten Schurken werden andre treten, die das System der Korruption konservieren. . .

Der „Volks-Zeitung“ wird aber den Prozess geschrieben: Nun hat die republikanische Zeitung „1799“ das socialistische Rezept wiederholt und den Abgeordneten für Neapel II, Genaro Aliberti, auf die Gabel genommen. 23 Ehrlöse

Handlungen wurden ihm vorgeworfen, fünf machte dieser Biedermann in Bescheidenheit zum Gegenstand seiner Klage, bei zweien gelang der Wahrheitsbeweis nur teilweise, und darum geht der Redacteur der Zeitung „1799“ auf 10 Monate ins Gefängnis, zahlt 800 Lire Buße und etwa 10 000 Lire Gerichtsskosten; denn dieser Skandalprozess hielt volle elf Wochen lang ganz Italien in Atem. Selbstverständlich liegt der „Sieger“ Aliberti am Boden; aber er reißt auch den Abgeordneten für Neapel III, den General Assan de Rivera, Generalinspektor der Artillerie und Waffenfabriken, mit sich; denn dieser ehemalige Kriegsminister hat eine hohle Hand gemacht, um die Annahme höchst gefährlicher Granaten in den Staatsarsenalen durchzusetzen, gefährlicher Projektilen nicht für den Feind, sondern für die Bedienungsmannschaft der italienischen Kanonen; denn der Stahlzug ist brüchige Pfuscharbeit, die Bestechungssumme aber war lauter Gold.

Der arme Oberst Cassone im Kriegsministerium, welcher in seiner dummen Ehrlichkeit die von Aliberti vorgeführten Armeelieferanten trotz reichlichen Trinkgelds zurüchwies, ist zur Strafe verurteilt worden. Geschickt ihm recht; er verstand sich nicht aufs Neapolitanische! Da war der Polizeidirektor Di Donato schon schlauer; pflichtgemäß verfaßte er einen zerschmetternden Bericht über die fürchterliche Korruption an das Kabinett des Königs, an den Ministerpräsidenten Pelloux und an den Justizminister. Alle waren tadellos angearbeitet, ins reine geschrieben und befördert — aber sie sind niemals an ihre Adresse gelangt. —

Nun hat der Prozess Aliberti seine Ringe in der Öffentlichkeit gezogen; zwei oder drei Personen gingen unter, aber diese herrliche Natur um den Besatz gleich alles aus; läßt uns in unerminderter Lebenslust trinken und lassen unter diesem ewig klaren Himmel voll glänzenden Lichtes! —

Afrika.

Menekil schwer erkrankt. Aus Dschibuli wird gemeldet: Wie verlautet, giebt der Gesundheitszustand des Regus Menekil zu großen Besorgnissen Anlaß.

Amerika.

London, 31. Juli. Nach einer Depesche aus Santiago hat der Vizepräsident von Chile seine Demission eingereicht, um gegen die neuen Kriegsvorlesungen der Republik zu demonstrieren.

Die Taktik der italienischen Socialdemokratie.

Rom, im Juli.

Der tragische Zwischenfall von Verra im Februarischen und in noch höherem Grade die verfrühte Rechtfertigung des Fäßler-Lientenants durch die Regierung haben im Schoße der Socialisten selbst eine Diskussion hervorgerufen, die sich um die Frage dreht, ob die äußerste Linke und speziell die socialdemokratische Fraktion fortfahren solle, diesem Ministerium ihre Unterstützung zu leihen, das dadurch, daß es den soldatischen Mordgeheulen freispricht, geradezu die Massakres der Arbeiter zu unterstützen scheint.

In dieser Diskussion haben Filippo Turati und Enrico Ferri mit Flugblättern teilgenommen.

In einer seiner Vorträge, welche zur Zeit in sämtlichen italienischen Zeitungen als Gegenstand der Diskussion auf der Tagesordnung steht, hat Turati in großen Zügen die Aufgabe der italienischen socialdemokratischen Partei in der gegenwärtigen politischen Lage entworfen.

Nachdem er die Fundamentalphilosophie der socialistischen Doktrin festgelegt hat: Kollektivismus, Klassenkampf, wirtschaftliche Organisation und Eroberung der öffentlichen Gewalt, wendet er sich zu der Entwicklung der socialdemokratischen Partei in Italien, die er in drei Hauptperioden zusammenfaßt. Die Periode der Affirmation von den Anfängen des italienischen Socialismus bis zu den Kongressen von Genua (1892) und Reggio Emilia (1893); die Periode der Defensivität gegen die Reaktion von 1893 bis zum Ende der Obstruktion, und schließlich die der Konsolidation vom Ministerium Saracco bis auf heute.

Der Versuch, die Linke aus Ruder zu bringen, der schon früher angestellt wurde, sei nicht mit dem derzeitigen Experiment zu vergleichen, welches letzteres ein thätigliches Redakt des Drucks der Volkskräfte auf breiterer Basis sei und von einer starken äußersten Linken und einem organisierten Proletariat überwacht werde.

Trotzdem sei auch diese jetzige Periode nicht frei von Unsicherheiten und Gefahren, wofür der Vorfall von Verra und das Verhalten der Regierung ihm gegenüber den Beweis liefere. Den Vorfall von Verra hatten die Reaktionen und Intransigenten dazu benützt, um mit maßlosten Uebertreibungen in verschiedenster Richtung Profit zu schlagen.

Aber die Hinterlist der ersteren und die unbewusste Mithätigkeit der zweiten fanden einen Vordenker in dem praktischen und ruhigen Sinn der Volksmassen, welcher der Protestagitation die richtigen Grenzen vorschrieb, in der sie sich bewegen mußte: in der Ausrufung schmerzlicher Empörung, der Unterstützung der Opfer, dem deutlichen Hinweis auf die tiefliegenden Gründe dieses unglücklichen Falles, der Anerkennung zum Ausdau jener immer mehr anwachsenden und stets besser disciplinierten proletarischen Organisation, in der das wahre Gegenstück gegen jeden bestialischen Konflikt und der mächtigste Anstoß zur fortschreitenden Demokratisierung des Staates liegt.

Es bestanden zwei Richtungen innerhalb der Bourgeoisie, zwei sich bis auf das Messer belämpfende Richtungen: die mittelalterliche Reaktion, die sich in wütenden Ausfressungen abmüht, die verlorene Gewalt wieder an sich zu reißen, und einem kühneren Bürgerthum, das dem Proletariat das Recht auf Entwicklung zugestimmt und die Freiheit und das Stimmrecht respektiert, wenn auch nur in dem Glauben, daß der Socialismus dadurch geschwächt werden könnte. In dieser letzten Richtung verlor sich ungeschickt ihrer Fehler die Tendenz der gegenwärtigen Regierung.

Aber wenn das Experiment dieser Regierung glücke, wenn es jene Periode der Konsolidation überdauere, wenn es den Uebermut des Großbürgers und die Furchtsamkeit der Mittelklassen überwinde, indem es allmählich die zur Zeit noch fürchterliche Zwangserrschaft von Schwert und Stola schwäche, dann habe sicherlich für das Proletariat die Stunde der Eroberungsperiode geschlagen.

Gegenüber den Absichten dieser neuen Regierung sei es die Aufgabe der socialdemokratischen Partei, die Regierung vor der Reaktion zu schützen und sie immer mehr auf den Weg der Reformen zu drängen. Das besonnenere Verhalten der Socialisten werde die freihandliche Entwicklung beschleunigen und den Socialisten erlauben, ihre spezielle Aufgabe, socialistisches Bewußtsein in der Menge zu erwecken, wieder aufzunehmen, eine Aufgabe, von der die notwendige Verteilung der Freiheit abgelenkt habe.

Natürlich fehlen dieser Taktik, so bemerkt Turati, nicht Einwürfe aus dem Schoße der Partei selbst, doch können sie, behauptet Turati, von den weniger aufgeklärten Schichten der Partei, welche, seit langem an reaktionäre Regierungen gewöhnt, die Regierungen deshalb alle in einen Topf werfen und sich nicht überzeugen können, daß ein Umsturz eingetreten ist.

Zum Schluß bemerkt Turati, daß heute keine ernstliche Mithatung in der socialdemokratischen Partei Italiens vorhanden sei. Was in einzelnen Kreisen schäumt und kocht, seien nur modernisierte Nachklänge des alten anarchischen Geistes, den die socialistische Erziehung in den Massen noch nicht überwinden und gänzlich habe überwinden können. Diese aber impulsiver Rebellion und Demagogie in der socialdemokratischen Partei werde heute, wo die Arbeit organisch und real betrieben werden müsse, in solcher Lage eine Gefahr, auf die hinzuweisen man sich nicht begnügen, sondern die ohne Barden zu Boden gerungen werden müsse.

Die socialdemokratische Partei muß ausschließlich socialdemokratische Partei sein. Von dieser Straße seitwärts liegt der Verrat an dem harrenden Proletariat und unser Bankrott.“

Die Gegner erwarten voller Schrecken, daß eine Ueber-
Schreitung unterirdisch stattfindet.“ —
In einer Polemik gegen die neapolitanische Zeitung „Pro-
paganda“ führt Enrico Ferri aus, daß die Frage der
Unterstützung oder Nichtunterstützung der Regierung eine reine Frage
der Taktik und nicht eine Programmfrage sei und daß demnach kein
Grund zu einer Spaltung innerhalb der socialdemokratischen Partei
vorliegt. Ferri schließt: „Wenn das Ministerium Bonarroti-Giolitti
zustimmen heute und November auf die Reaktion zusteuern sollte —
was ich trotz des blutigen Zwischenfalls von Verri und den dies-
bezüglichen Regierungserklärungen nicht glaube — so wird unsre
Taktik einen ganz andren Charakter als zur Zeit haben. Aber
wenn wir die Taktik wechseln, haben wir deshalb das Programm
der socialdemokratischen Partei gewechselt oder verraten?“

Die Diskussionen dauern noch aus lebhafteste und leidenschaft-
lichste an.

Die wahre große proletarische Bewegung in Italien liegt auf
dem Lande. Also sind es die Landarbeiter und die Centren der Be-
wegung der Landarbeiter, denen es anheimfällt, über die Richtung,
die der Partei zu geben ist, zu urteilen. Diese Centren der Land-
arbeiter sind nun aber ohne Zweifel für eine Taktik, wie sie Turati
und Ferri mit Differenz verteidigen.

Ein späterer Brief unsres römischen Korrespondenten berichtet uns:
Die Debatten innerhalb der socialistischen Föderation
von Mailand, hervorgerufen durch die Artikel von Turati,
haben nach einer fünfzehntägigen Dauer zu einer Abstimmung
Turatis und Beres, die seine Ideen teilen, geführt. Turati vertritt
die Meinung, daß, um die Taktik, welche sich für die Partei als
logisch und unabwiesbar aus der gegebenen Situation ergibt, ver-
folgen zu können, es nötig sei, die Organisation von den anarchischen
Elementen zu befreien.

Turati behauptet, daß in Mailand, dem industriellen
Centrum ersten Ranges, jede fruchtbringende Arbeit der Social-
isten bisher verhindert worden ist durch die Diskussionen,
welche die Partei zerklüftet. Diese würden hervorgerufen und ge-
nährt durch allerhand Anarchisten und Demagogen und selbst durch
gewisse unläutere Elemente, die ihre Maske auch sofort nach ihrem
Ausschluss haben fallen lassen.

Die Mailänder Föderation hat nach einer langen Dis-
kussion eine Tagesordnung im Sinne der Ideen von Turati
zurückgewiesen und nur eine Resolution angenommen, die
von den Socialisten eine striktere Disziplin verlangte
in Bezug auf die von der socialistischen Kammerfraktion
angenommene Taktik gegenüber dem liberalen Ministerium.
Die weiteren Erörterungen führten zu keinem Ziele und das Komitee,
das bezüglich der ersten Tagesordnung die Vertrauensfrage gestellt
hatte, demissionierte schließlich. Es wird nun wohl das eintreten,
was Turati gerade vermeiden wollte: die von ihm bekämpften
Elemente gelangen nach Turati, Masano, Anna Kälchhoff
und andre beabsichtigen nun in Mailand eine besondere Section der
socialistischen Föderation zu gründen.

Der Boeren-Krieg.

Zwei Millionen für Lord Roberts.

In der Unterhausung am Mittwoch beantragte Balfour eine
Resolution auf Gewährung einer Donation von 100 000 Pfund
Sterling an Lord Roberts. Er rühmte die Verdienste des Feld-
marschalls, wegen deren er Anspruch auf den Dank der Nation
habe, stellte die Lage in Südafrika bei Uebernahme des
Kommandos durch Roberts derjenigen gegenüber, die
wenige Wochen später geschaffen war, und hob hervor,
daß ohne die bewundernswürdige Strategie des Feld-
marschalls Kimberley, Mafeking und Ladysmith gefallen wären.
Campbell Bannerman unterstützte den Antrag.
Dillon nahm jedoch Anlaß, das Verhalten des Feldmarschalls in
Südafrika, insbesondere die Niederbrennung von Farmen
zu tadeln.

Da England sich in der Bezahlung erfolgreicher Generale über-
haupt nicht lumpen läßt, ist es auch weiter nicht auffallend, daß es
jetzt dem Transvaal-Sieger zu den in- und ausländischen Orden
auch ein minder fictives Anerkennungszeichen zu teil werden lassen
will. Zwei Millionen Mark erscheinen ja ein wenig viel, allein
wenn England für den Krieg vier Milliarden ausgiebt, braucht
es ihm schließlich auch auf zwei Millionen mehr nicht anzukommen,
obwohl England entschieden besser daran thäte, erst einmal seiner
hungernden Heomanry den seit Monaten rück-
ständigen Sold auszuzahlen.

Freilich sollte man, wenn man schon Lord Roberts einer Millionen-
Donation für wert erachtet, doch nicht allzuviel Wesens von der „be-
wundernswürdigen Strategie“ es ehemaligen Oberkomman-
dierenden machen. Denn das Bewundernswürdigste an der Strategie des
Feldmarschalls war schließlich doch, daß er nach Beendigung des
Krieges größeren Stills sofort seine Koffer und Lorbeeren zusammenpackte,
um sich in England als miles gloriosus dezuwenden zu lassen, während
er dem unglücklichen Kitchener die ungleich schwierigeren
und undankbareren Aufgabe überließ, den nunmehr erst mit grimmiger
Gebitterung entbrennenden Querschlacht zu beendigen.

Waren die Leistungen des Lord Roberts wirklich so großartige?
Als Lord Roberts mit einem gewaltigen Aufgebot von Erloy-
und Verstärkungstruppen in Südafrika anlangte, war der Krieg
auf sämtlichen Kriegsschauplätzen im Osten, Süden und Westen zum
Stillstand gekommen. Die englischen Generale waren durch
blutige Lehren zu der Einsicht gelangt, daß sich die Stellungen der
Boeren nicht forcieren ließen. Ihre Mißerfolge mußten auch einem
mindererfahrenen Militär wie Lord Roberts beweisen,
daß neue Frontangriffe auf die Boerenstellungen zum
Entsatz Ladysmiths und der andren eingeschlossenen Punkte nur zu
neuen blutigen Niederlagen führen müßten. Die von Lord Roberts —
allerdings sehr geschickt und unter Beobachtung des erforderlichen
Schweigens — ins Werk gesetzte Umgehung und Ueber-
umpelung der festen Boerenstellungen war die einzig mögliche
und Aussicht versprechende Taktik. Lord Roberts nahm zu ihr seine
Zuflucht. Nach langen sorgfältigen Vorbereitungen, deren Dauer die
Boeren leider in thörichte Sicherheit einwiegte, warf er sich plötzlich in
Eilmärschen durch eine Planzenbewegung auf Cronje, dem er
durch das bereitete Corps des Generals French die Rückzugslinie
hatte abschneiden lassen. Cronje wurde auf seinem zu spät erfolgten
Rückzug erstickt, eingeschlossen und schließlich durch die zehnfache
englische Uebermacht zur Kapitulation gezwungen. Nachdem so
im Westen der englische Einbruch geglückt war, räumte auch die
Chamotte der Boeren unter Preisgabe von Ladysmith ihre feste
Stellung. Bei geringerer Sorglosigkeit der Boeren hätte
das Manöver des Lord Roberts größere Schwierigkeiten bereitet und
größere Opfer gekostet, aber daß die Boeren den Umgehungs-
manöver der Engländer auf die Dauer bei deren mehr-
fachen Ueberlegenheit hätten Stand halten können, war
gleichwohl ausgeschlossen.

Lord Roberts siegte weniger durch seine geniale Strategie, als
durch seine Uebermacht und die blutigen Lehren, die
seine minderglücklichen Vorgänger erlitten hatten, nicht weil sie so
viel unschätzbare gewesen wären, sondern weil ihnen ihre weit
geringere Truppenmacht und die ihnen vom Kriegsamt
zugewiesenen Aufgaben — schleunigste Entsetzung Ladysmiths,
Kimberleys und Mafekings — gar nicht gestatteten, es mit
der Strategie Lord Roberts zu versuchen.

Aber der Erfolg entscheidet nun einmal. Gleichviel unter
welchen Umständen und mit welchen Mitteln er errungen wurde. —
Dah auch Campbell Bannerman sich für die Ehren-
donation für Lord Roberts erklärte, beweist wiederum die Spaltung
der englischen Liberalen in der Angelegenheit. Solche Kleinigkeiten
bringen freilich eine bürgerliche Partei noch lange nicht zur Auflösung.

Ein englischer Erfolg.

Lord Kitchener telegraphiert aus Pretoria: General Walter
Kitchener operiert nördlich von Middelburg gegen den Bisoen. Das
19. Infanterie-Regiment nahm nach scharfem Kitz ein Pomponggeschütz.
Die 18. Infanterie kamen gerade zur rechten Zeit heran, um bei der
Wegnahme von 20 Wagen und der Befangnahme von 32 Boeren
mitzuhelfen. Fünf Boeren wurden verwundet, ebenso fünf Mann
von den 19. Infanterie.

Die Tagesverlust-Liste

umfaßt für den 30. Juli 15 Tote, 15 Verwundete, 2 Vermißte,
2 Fahnenflüchtige und 5 an Krankheit Verstorbene. 18 freigelassene
Befangene sind wieder zurückgeführt.

Partei-Nachrichten.

Die Kreisconferenz für den 1. weimarschen Reichstags-
wahlkreis sprach sich, wie wir der „Erfurter Tribune“ entnehmen,
dabin aus, daß diejenigen Genossen, die mit Bernsteins Anschauungen
einverstanden sind, am besten thäten, wenn sie sich eine eigene Partei
gründeten. Näheres, so namentlich, ob diesem Ausspruch eine Ver-
handlung vorausgegangen und worin die Kreisconferenz die Verträge
gegen die Parteigründung in den „Anschauungen Bernsteins“ er-
blickte, ist aus dem Bericht leider nicht zu ersehen.

Mit dem Dr. Lütgenau beschäftigte sich unser Dortmund-
er Parteiblatt, die „Rheinisch-Westfälische Arbeiterzeitung“ in letzter Zeit
mehrmals. Lütgenau verklagte darauf den verantwortlichen Red-
acteur des Blattes, Genossen Linné Scheibe, wegen Verleumdung
und Verleumdung. In den Artikeln scheint es sich um den Ausschluß
Lütgenaus aus der Partei gehandelt zu haben. In dem Termin
kam ein Vergleich zu stande, auf Grund dessen nun Genosse Scheibe
in seinem Blatte folgende „Erklärung“ veröffentlicht:

In den Nummern 114, 116, 118 und 163 der „Rhein.-Westf.
Arb.-Ztg.“ sind Artikel abgedruckt, die sich mit der Person des
Herrn Dr. Lütgenau beschäftigen. Ich erkläre zu diesen Artikeln
folgendes:

1. Herr Dr. Lütgenau berichtet über die Geschichte seines an-
geblichen Ausschlusses aus der socialdemokratischen Partei:
„Ich bin zu der fraglichen Parteiversammlung so wenig ein-
geladen worden, wie zum Parteitag in Hannover. Der Vorsitzende
derselben hat, statt von meinem Briefe Mitteilung zu machen,
worin ich Erörterung der Angelegenheit und einstündige Redezeit für
mich verlangte, der Versammlung gesagt, daß ich geladen worden,
aber nicht erschienen sei. Trotz dieser irreführenden Angabe des Vor-
sitzenden hat sich nach allem mir bekannt gewordenen Aeußerungen
von Teilnehmern eine Mehrheit für den Antrag nicht ergeben.
Der Vorsitzende beantwortete das Verlangen nach Stimmzählung
mit Drohungen („Glocke an den Kopf werfen“) und plötzlicher
Schließung. Das Ganze war eine Possé, über die schon zu viel
Sache gemacht ist.“

Da ich die damaligen Verhältnisse und Vorgänge weder
mitemlebt habe, noch prüfen kann, so nehme ich die in der
„Arbeiter-Zeitung“ enthaltenen geäußerten Aeußerungen, welche Herrn
Dr. Lütgenau unwahrscheinliche Darstellung der Sache vorwerfen,
hierdurch zurück.

2. In den Artikeln der genannten Nummern findet sich eine
Reihe beleidigender Vorwürfe und Wendungen gegen Herrn
Dr. Lütgenau. Auch diese nehme ich hierdurch zurück.

L. Scheibe.

Die Erklärung wird zwar mit der Bemerkung eingeleitet, daß
sie nur persönlich den Genossen Scheibe angehe und für die Partei-
genossen weder bindend noch maßgebend sei. Darauf kommt es
aber gar nicht an; die Parteigenossen würden auch ohne diese Ver-
wahrung den Erklärungen des Genossen Scheibe keinen maßgebenden
Einfluß auf ihr Urteil über den für sie abgeschlossenen Fall Lütgenau
einräumen. Wenn man es überhaupt noch für notwendig hielt, sich
mit Lütgenau immer wieder zu beschäftigen, dann sollte man das
wenigstens nicht in solcher Weise thun, daß man dann gezwungen
ist, dem Herrn ganz unbedingte Ehrenerklärungen zu geben, durch
die niemand als diesem selbst ein billig erlangter Dienst erwiesen
wird.

Die Parteiverhältnisse in Pforzheim. Wir teilten vor
einiger Zeit die Verhandlungen und Beschlüsse der Partei-Organisa-
tion in Pforzheim zur Landtagswahl-Agitation mit, woraus
hervorging, daß die dortigen Genossen neben dem Karlsruher Partei-
blatte auch das am Orte erscheinende freimüthige Parteiblatt zur
Agitation benutzen wollten. Die Art, wie das berichtet wurde und
eine Kritik des Karlsruher Blattes veranlaßten auch uns zu einigen
mühseligen Bemerkungen gegen den Beschluß. Jetzt schreibt dazu
die „Mannheimer Volksstimme“:

„Und wir haben keiner Zeit die kritischen Bemerkungen des
„Volksfreund“ abgedruckt, nach näherer Informierung müssen wir
unsres sagen, daß es sich um nichts Schlimmeres handelt, als was
unsre Genossen bei den Wahlen im ganzen Reich thun, wenn es
ihnen möglich ist: Unsrer Versammlungsanzeigen, Wahlanrufe, und
vielleicht auch einmal die Jurisdiktion gegenwärtiger Angriffe außer
im Parteiblatt auch in diesem Blatt zu veröffentlichen. Das ist not-
wendig, weil dieses Parteiblatt aus geschäftlichen Gründen (Arbeits-
markt etc.) von zahlreichen Arbeitern gelesen wird, die für unser in Karlsru-
be erscheinendes Parteiblatt noch nicht zu gewinnen waren. Daß das
Parteiblatt nach „Möglichkeit benutzt“ werden soll, heißt doch, daß
es ganz natürlich weil über den Rahmen des im freil. „Tageblatt“
Veröffentlichten hinaus den Wahlkampf zu führen hat. Wo steht nun
da die Korruption?“

Um der Gerechtigkeit willen halten wir uns für verpflichtet, von dieser
Darstellung Notiz zu nehmen. Wenn jedoch die „Mannheimer Volksstimme“
dazu die Bemerkung macht, daß es gut wäre, wenn sich die Parteipresse
Verhältnissen gegenüber, die ihr nur oberflächlich bekannt sind, etwas
mehr Zurückhaltung näherte, so soll zwar die allgemeine Rich-
tigkeit dieser Bemerkung nicht bestritten werden; auf den vorliegenden
Fall angewendet, enthält sie jedoch einen ganz unbedingten Vor-
wurf. Die Parteipresse schöpft in diesem Falle ihre Kenntnis der
Sache aus dem Karlsruher Parteiblatt und von diesem durfte wohl
angenommen werden, daß es über die Verhältnisse in Pforzheim
mehr als oberflächlich unterrichtet ist.

Toilette der Partei. Der Parteigenosse König in
Trotha ist am Sonntagabend nach längerem Leben gestorben.
König war Gastwirt und hat sowohl während der Zeit des Social-
istengesetzes als auch in neuerer Zeit treu zur Partei gehalten. Be-
sonders, als die Stürme des Ausnahmegesetzes am heftigsten tobten,
hat König als einziger sein Lokal zu Versammlungen zur Verfügung
gestellt und den älteren Genossen ist heute noch in Erinnerung, wie
sie einstmal mit einer zusammengekauften Thür nach Königs Lokal
wanderten, da eine Versammlung deswegen verboten wurde, weil
die Thür nach innen aufging. Die herbeigeschaffte Thür wurde
außen angehängt und die Versammlung fand statt. Alle Partei-
genossen, welche König kannten, werden den ehrlichen, ruhigen
Sinn des Verstorbenen zu schätzen wissen und sein Andenken in Ehren
halten.

Gewerkschaftliches.

An die Zimmerleute Deutschlands!

Fortwährend wird seitens der Zimmermeister Köln versucht,
Zimmerleute nach hier zu werben. Wir verweisen darauf, daß der
Streik fort dauert. Die Zimmermeister verweigern hartnäckig die
gewiß nicht zu hohen Forderungen der Gesellen. Man arbeitet hier
ganz im Sinne des Scharfmacher-Verbandes im Baugewerbe. Was
in Köln schon an Gemeinheiten und Verleumdungen gegen die Zimmer-
leute geleistet worden ist, spottet jeder Beschreibung. Mit den
schwarzen Listen geht man von einem Ort zum andren haufieren,
da die Streikenden recht empfindlich treffen zu können. Das An-
erbieten des Gewerbegerichts, als Einigungsamt zu fungieren, ist
von den Meistern abgelehnt worden. An die Zimmerleute außerhalb
Köln richten wir die dringende Bitte, den Zug nach Köln fern-
zuhalten.
Die Streikkommission.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Former und Glaser-Arbeiter! Der Streik in
der Union E.-G. dauert ununterbrochen fort. Zugung ist immer noch
streng fernzuhalten. Das gilt besonders für die brauchbaren und
leistungsfähigen Kräfte. In letzter Zeit wurde wiederum versucht,
eine Verständigung herbeizuführen, aber Herr Clesfel, Sekretär des
Verbandes der Berliner Metallindustriellen, wies eine Verhandlung
mit der Organisation zurück und erklärte einem der streikenden
Kollegen: „Die Streikposten müssen zurückgezogen werden“, und in
einiger Zeit werde man dann einem Arbeiter Nachrich zulommen
lassen, wer von den Streikenden in Zukunft einen Nachweis-
schein erhalten wird und wer nicht. Das heißt dann auf gut
deutsch: „Geht den Streik auf, geht den Betrieb frei, und dann
wollen wir sehen, wer von Euch Gnade vor unsern Augen findet“. Herr
Clesfel glaubt wohl, daß der Streik bereits verloren sei und
der Metallarbeiter-Verband aus dem letzten Hoch preist. Aber so
sieht es denn doch nicht aus! Wohl wünschen wir eine Verständigung,
aber auf der von Herrn Clesfel angegebenen Grundlage ist jede Ver-
ständigung für organisierte Arbeiter ausgeschlossen, und werden die
Arbeiter den Beweis bringen, daß der Metallarbeiter-Verband trotz
der schlechten Zeit nicht so ohne weiteres schachtmatt gesetzt werden
kann.
Ortsverwaltung Berlin
des deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Achtung! Buchbinder, Galanterie- und Lederarbeiter!
Infolge Mangelregelung des Vertrauensmanns haben die sämtlichen
Kollegen der Firma Rau, Ritterstraße, die Arbeit nieder-
gelegt. Zugung ist streng fernzuhalten!
Der Vertrauensmann des Buchbinder-Verbandes.

Lohnbewegung der Barbiergehilfen. Herr Heinrich
Schimming, Friseur, Streiterstraße 44, teilt uns mit, daß sein
Name nur durch ein Versehen der Lohnkommission auf die an ver-
gangenen Sonntag veröffentlichte Liste der gesperrten Geschäfte
gesetzt worden sei, da er gar keinen Gehilfen beschäftige, also für die
Lohnbewegung gar nicht in Frage komme.

Deutsches Reich.

Zum Generalstreik der Flaschenmacher.

Ein Unstund, der bei diesem Streik besonders ins Gewicht fällt,
ist der, daß ein großer Teil der Streikenden Wohnungen inne haben,
welche Eigentum der Fabrik sind, und mit dem Zeitpunkt der Arbeits-
niederlegung geräumt werden müßten. In den meisten Fällen ist
aber auch die Wohnungsfrage zu Gunsten der Streikenden gelöst
worden. Sie fanden ein andres Unterkommen, oder finden ein
solches, soweit sie die Fabrikwohnungen nicht sofort räumen brauchten,
in alternativer Zeit. Ein Teil der Unternehmer hat auch die
Wohnungsfrage zum Anlaß genommen, um den Streikenden möglichst
große Schwierigkeiten zu bereiten.

So wird aus Geresheim berichtet, daß Agenten des Herrn
Hege den Streikenden, die bei Hausbesitzern gemieteten Wohnungen
durch Angebot hoher Mieten abzutreiben versucht haben, was jedoch
nur in wenigen Fällen gelungen ist. Das „saubere“ Manöver er-
wies sich als verfehlt.

Daß der Streik bereits seine Wirkung auf Geschäftskreise, welche
Flaschen verbrauchen, ausübt, beweist ein von der „Völsfelder
Volksstimme“ veröffentlichtes Schreiben.

Dasselbe lautet:

Coesfeld i. W., 28. Juli.

Herrn Restaurant, Völsfeld.

Wir ersuchen Sie ergebenst, die von uns herrührenden leeren
Flaschen, besonders Swastflaschen, baldmöglichst an uns zurückzu-
senden, da die Glasfabriken, von denen wir unsere
Flaschen beziehen, wegen eines auf denselben ausgebrochenen
allgemeinen Streiks die Lieferung von Flaschen vorläufig
eingestellt haben. Unter gewöhnlichen Verhältnissen vergüten
wir für frankiert an uns zurückgeordnete leere Flaschen 10 Pf. pro
Stück, falls Sie jedoch die leeren Flaschen spätestens innerhalb
14 Tagen nach Erhalt dieser Karte auf den Weg bringen, können
Sie die Sendung unfrankiert abgeben lassen und vergüten wir auch
dann den vollen Preis von 10 Pf. pro Stück. Es wäre uns sehr
angenehm, wenn Sie unsrem Wunsch baldigst nachkommen würden,
und sollte es uns freuen, wenn gleichzeitig Ihre geschätzten Ordres
erhielten.

Hochachtung!

Chemische Fabrik C. Voßne.

Wenn eine derartige Verlegenheit sich schon am Tage nach dem
Streik bemerkbar macht, so ist das ein günstiges Zeichen für die
Sache der Arbeiter und läßt hoffen, daß bei festem Zusammenhalt
der Erfolg nicht ausbleiben wird.

Unsrer geistigen Mitteilungen über die Beteiligung am Streik
werden heut durch folgende Meldungen der Unternehmerpresse er-
gänzt:

Nach den inzwischen eingelaufenen Berichten sind auf folgenden
Fabriken die Arbeiter zum Teil sämtlich, zum Teil nur partiell
nicht zur Arbeit erschienen: Altmühlerei der Geresheimer
Glasbläserwerke, vorm. Ferd. Hege, Geresheim, die Hälfte; Glas-
fabrik Porta Westfalica, vorm. Meyer u. Söhne, Porta Westfalica,
fast Dreiviertel der Arbeiter; Glasfabrik Hüsler, Hüsler i. Westf.,
streikt niemand; Glasfabrik Wittfeld, Kommandit-Gesellschaft,
Hermann Hoesch, Minden i. Westf., streiken alle; Gebrüder Stoebe-
sandt, Kommandit-Gesellschaft auf Aktien, Hermannshütte bei
Kinteln a. d. Weser, arbeiten nur wenige Arbeiter; Flaschenfabrik
Kreuznacher Glasbläser, Kreuznach, streikt die Hälfte der Arbeiter.
Von 16 Fabriken steht Bericht noch aus.

Lohnbewegung der Breslauer Paketsabri-Angestellten.
Nach Verhandlungen seitens des Verbandssekretärs Zimmer, sowie
der Lohnkommission der Paketsabri-Angestellten einerseits, und den
Direktoren andererseits, wurde eine vollständige Einigung
erzielt. Die Lohnhöhung wurde bewilligt, zum Teil noch mehr
zugestanden, als gefordert worden war. Die Arbeitszeitverlängerung
wurde im Prinzip zugestanden, und soll eine Kommission im Verein
mit einigen Expedienten betreffs Regelung dieser Frage, sowie der
Freigabe des zweiten Sonntags, geeignete Vorschläge machen. Ein
Arbeiterauschuss wird ebenfalls gewählt werden.

Heftige Gewerbegerichts-Wahlkriege. Vom 26. bis 30. Juli
fanden die Gewerbegerichts-Wahlen für die vier Kammern des
Landbezirks des Kreises Offenbach statt. Vor allem
ist eine ziemlich Zunahme der Wahlbeteiligung zu verzeichnen.
Während z. B. vor drei Jahren in der Kammer IV (Seligenstadt)
nur 34 Stimmen für die Arbeitnehmer-Kandidaten abgegeben wurden,
waren es diesmal 217, die ihr Wahlrecht ausübten. Trotz losloser
Anstrengungen der christlichen Gewerkschaften erhielten unsre Genossen
doch noch 136 Stimmen, während die christlichen Kandidaten es nur auf
81 Stimmen brachten. Die Wahl im 1. Kammerbezirk, der u. a.
die Orte Mühlheim, Würzel, Bieber, Groß-Steinheim, Hausenstamm
umfaßt, zeigt wieder eine Verdoppelung der Wahlbeteiligung gegen
die letzte Wahl. Die losierten Gegner, sowohl Arbeitnehmer als
Arbeitgeber, unterlagen. Während die Arbeitnehmer-Kandidaten der
modernen Gewerkschaften durchschnittlich 372 Stimmen erhielten,
brachten es die christlichen Kandidaten nur auf 147 Stimmen. Die
von unsrer Seite zum erstenmal aufgestellten Arbeitgeber-Kandidaten
stiegen mit 91-92 Stimmen, während die Gegner 81-87 Stimmen
erhielten.

Ausland.

Eine Schauerneue über einen Glasarbeiterausstand in Mo-
nilly (Frankreich) wird durch die Depeschenbureaus verbreitet.
Die Nachricht klingt sehr romantisch, und da sie gerade beim Beginn
des deutschen Glasarbeiterstreiks erscheint, so kann man sich des Ver-
dachts nicht erweichen, daß hier eine zu bestimmtem Zweck ver-
anstaltete Mache vorliegt. Das Bureau „Herold“ teilt mit:
„In Monilly sind die Glasarbeiter in den Ausstand getreten,
da sie den ihnen bisher gewährten Lohn als ungenügend betrachten.
Die Aufforderungen durchzogen die Straßen mit einer roten Fahne
und sangen revolutionäre Lieder. Angesichts der drohenden Hal-
tung (!) lehnte der Betriebsdirektor es ab, die Arbeiter zu
empfangen. Diese drückten hierauf die Thüren ein, ergriffen den

Direktor, (1) schleppen ihn vor die Gläser (1) und drohten, ihn in die Blut zu werfen, (1) wenn er ihre Forderungen nicht bewillige. Der Direktor ging angesichts der großen Gefahr, in der er schwebte, auf die Forderungen ein, worauf man ihn freiließ. (1) Wen grüßelt's nicht!

San Francisco. Die Vereinigung der Hafenarbeiter hat einen allgemeinen Anstand angeordnet; inselgedessen ist ein Stillstand in den Schiffsverladungen eingetreten.

Der amerikanische Stahlarbeiter-Streik ist noch nicht beendet. Das „Bureau Laffan“, welches gestern meldete, daß der Streik mit einem Siege des Stahlwerks geendet habe, berichtet heute aus New York, 31. Juli: In den Verhandlungen über die Beilegung des Stahlarbeiter-Ausstandes ist eine ernstliche Stodung eingetreten, die augenscheinlich Differenzen im beratenden Ausschuss des amalgamierten Stahlarbeiter-Verbands verursacht haben. Eine Einigung in den nächsten Tagen wird nicht erwartet. Nachdem die Ausständigen in Erfahrung gebracht, daß Morgan ein Ultimatum geschickt habe, wollen dieselben auf keinen Kompromiß eingehen, da die Annahme eines solchen eine Niederlage des amalgamierten Stahlarbeiter-Verbands bedeuten würde.

Sociales.

Die Wohnungsfrage. In Hamburg besteht wie bereits in einigen anderen deutschen Staaten und einer Anzahl Städte ein Gesetz über die Wohnungsinspektion. In dem letzten Jahresbericht der Wohnungspflege-Verhörde befinden sich folgende Auslassungen:

„Unter den bearbeiteten Sachen befinden sich verhältnismäßig wenig Fälle, welche das Einlogierverwehen sowie unzulässige Mietervermittlung betreffen, da in solchen Sachen die Beteiligten sich fast nie beschwerdeführend an die Behörden wenden. Bei drei Fällen der letzteren Art, welche den ehrenamtlichen Organen zur Beurteilung vorgelegen haben, waren die letzteren nicht einmal in der Lage, die einschlägigen Vorschriften des Gesetzes anzuwenden bezw. die Ergreifung von Zwangsmahregeln bei der Verhörde zu beantragen, weil es den betreffenden Mietermieten zur Zeit tatsächlich nicht möglich war, ein anderes, ihnen Verhältnissen und den gesetzlichen Bestimmungen entsprechendes Unterkommen zu finden.“

Der Grund, weshalb auch im Berichtsjahre verhältnismäßig so wenig Wohnungen und einzelne Wohnräume dauernd für Wohnzwecke geschlossen wurden, liegt nicht etwa darin, daß so wenig schlechte Wohnungen bezw. Wohnräume gefunden worden sind, sondern ist vornehmlich einer Rücksichtnahme auf die Bewohner zuzuschreiben, welche bei Schließung ihrer Wohnungen keine für ihre Verhältnisse passende gefunden hätten und bei einer zwangsweisen Räumung obdachlos geworden wären. Der Mangel an kleinen Wohnungen wird von den ehrenamtlichen Organen vielfach beklagt; es wird sogar direkt behauptet, daß eine Wohnungsnot schon vorhanden sei und von einem erpresserischen Wirken der Wohnungspflege erst dann die Rede sein könne, wenn für den Bau kleiner Wohnungen in ausreichender Weise Sorge getragen würde.“

Was für jeden Einflüchtigen von vornherein klar war und oft genug ausgesprochen worden ist, wird hier nun auch amtlich bestätigt: Wohnungsinspektion und Vorschriften über die Beschaffenheit, so nützlich wie sie an sich sind, bleiben so lange wirkungslos, als nicht die Gemeinden verpflichtet werden, selbst für die Beschaffung einer ausreichenden Anzahl guter und preiswerter Wohnungen zu sorgen. Das erste und wichtigste ist, daß dem Wohnungswucher der Boden entzogen und die Wohnungsnot beseitigt wird; dann erst hat die Wohnungsinspektion vollen Wert.

Erkrankungen in Chromatfabriken. Die Arbeiter in chemischen Fabriken werden von Unfällen ebenso wie die Arbeiter in anderen Betrieben in immer steigendem Maße betroffen; aber in ungleich heftigerer Weise werden sie von gewerblichen Erkrankungen heimgesucht. Bekannt sind die furchtbaren Erkrankungen, an denen die Arbeiter in Säurefabriken, in Bleifarben-Fabriken, in Chloralkali-Fabriken, in Zerkarbstoff-Fabriken, in Dynamit-Fabriken etc. zu leiden haben. Die oberen Aufsichtsbehörden haben sich genötigt gesehen, verschiedene Schutzbestimmungen für die Arbeiter zu erlassen, die in diesen gefährlichen Betriebsarten beschäftigt werden, so für die Bleiweiß-, Bleizucker- und Accumulatorfabriken, für die Säurefabriken und die Thomaschlacken-Wärker, über deren Erlaß die betreffenden Industriellen freilich ein großes Gellage erhoben. Wie ungenügend aber diese Schutzbestimmungen in vielen Fällen noch sind, zeigt ein Bericht von Dr. Hermann in der „Münch. med. Wochenschrift“ über den Gesundheitszustand der in Alkali- und Chromatfabriken beschäftigten Arbeiter. Dr. Hermann hat 257 in dieser Fabrikation beschäftigte Arbeiter während 2 1/2 Jahren untersucht. In den Betrieben wurden die Bestimmungen der Bekanntmachung des Reichsanstalters vom 2. Februar 1897 betreffend Einrichtungen etc. der Alkali- und Chromatfabriken genau eingehalten. In, während diese Bekanntmachung mit einer monatlichen Untersuchung der betreffenden Arbeiter vorwärts, wurden diese Arbeiter von Dr. Hermann wöchentlich untersucht. Hierbei zeigten sich vielfach entzündliche Prozesse der Augenbindehaut und bösartige Geschwüre an Händen, Armen, Füßen und im Gesicht, namentlich an frisch geheilten, vorher verletzten Stellen, was zur Entlassung verschiedener neu eingestellter Arbeiter nötigte. Am schlimmsten war die Einwirkung des Chromatstaubes auf die Nasen der Arbeiter trotz Jumeckung der vorgeschriebenen Schutzbehandlung derselben. Es fanden sich bei fast allen Arbeitern Erkrankungen der Nase, d. h. Chromatgeschwüre. 45 derselben waren inselgedessen zeitweise arbeitsunfähig, mehrere mußten deshalb bald diese Beschäftigung ganz aufgeben. Der Umfang der Nasenerkrankungen ist aus folgender Zusammenstellung ersichtlich.

Zahl der Arbeiter	Im Betriebe tätig	Gesund	Mit einer durch Löcherung der Nasenschleimhaut	
			Mit Geschwüren in der Nase befallen	Mit einer durch Löcherung der Nasenschleimhaut befallen
77	Bis zu 1 Monat	44	32	1
81	Von 1-3 Monaten	17	40	18
39	Von 3-6 Monaten	2	14	23
29	Von 6 Mon. bis 1 Jahr	0	8	21
81	Länger als 1 Jahr	0	7	24

Also nur 20 Proz. der Arbeiter hatten noch gesunde Nasen; von den ein Jahr und länger im Betriebe Beschäftigten war kein einziger mehr von einer Erkrankung der Nase verschont und bei drei Viertel derselben (bei 15 von 60) war die Nasenschleimhaut von dem Chromatgeschwür zerfressen und durchlöchert! Jeweils griff der geschwürige Prozeß auch auf den Nasenknochen über, oder er breitete sich noch hinten nach dem Kehltopf zu aus. Aus dem allem ergibt sich, daß die dagegen erlassenen Schutzbestimmungen ungenügend sind und ergänzt werden müssen. Die meisten derselben sind allerdings durch unbestimmte Ausdrücke, wie „möglichst“, „möglichst“ und „baldig“ eingeschränkt. Auch Dr. Hermann wünscht dringend eine Vervollständigung derselben, daß namentlich diese Arbeiter verbesserte Respiration und ledernen Handschuhe bei ihrer Arbeit tragen müssen, daß bei den Untersuchungen Personen mit frisch vernarbten Wunden zurückgewiesen werden und daß die Arbeitszeit verkürzt werde.

Der Segen der Unfallversicherung.

Mit welchen Gefahren es für die unglücklichsten Opfer der Industrie verknüpft ist, ihre Ansprüche für erlittenen Schaden geltend zu machen, das mußte jetzt ein Arbeiter in Bochum, der Portier Zöpperwein erfahren, der sich vor der dortigen Straf-Kammer zu verantworten hatte, weil er die Rheinisch-Westfälische Hütten- und Walzwerks-Versicherungsgesellschaft betrogen haben soll. Der Angeklagte erlitt im Jahre 1889 auf den Werth Stahlwerken eine Verletzung, als deren Folge sein rechter Arm steif blieb. Als volle Rente erhielt er von der Versicherungsgesellschaft monatlich 75 Mark. Ein Untersuchung im Jahre 1891

ergab die noch vorhandene Erwerbsunfähigkeit des Zöpperwein. Auf Antrag der V.-G. wurde er Ende vorigen Jahres wiederum einer Untersuchung unterzogen, bei welcher eine bedeutende Besserung des Armes konstatiert wurde; der Verletzte selbst bestätigte die Besserung. Nun wurde ihm die Rente gänzlich entzogen und der Staatsanwalt — jedenfalls auf Antrag der Versicherungsgesellschaft — erhob gegen ihn Anklage wegen Betrugs bezw. Betrugsversuchs. Die gerichtliche angeordnete nochmalige Untersuchung des Z. führte zu dem ärztlichen Befund, daß diesem eine Rente von 20-30 Proz. weiter zuzuführen, eine vollständige Heilung des Armes sei nicht vorhanden. Das Schöffengericht sprach daraufhin den Angeklagten frei — aber der Staatsanwalt legte gegen dieses Urteil Berufung ein. Glücklicherweise hatte er damit keinen Erfolg, die Berufung wurde seitens der Staatsanwaltschaft unter folgender Begründung verworfen: Dem Empfänger der Rente steht die Versicherungsgesellschaft als Partei gegenüber. Wenn der Rentenempfänger der Versicherungsgesellschaft gegenüber objektiv nicht ganz bei der Wahrheit bleibt, so ist das kein Betrug, da dem Angeklagten eine betrügerische Absicht nicht nachgewiesen sei. In Wirklichkeit habe der Angeklagte auch zugegeben, daß in dem Befund des Armes eine Besserung eingetreten sei. Wenn er nicht den vollen Grad der Besserung mitgeteilt habe, so sei das damit zu erklären, daß der Angeklagte der Meinung gewesen sei, den steifen Arm zeitweilig nicht mehr gebrauchen zu können, da er so viele Jahre nicht arbeiten konnte. — Hätte das Experiment, für welches die Staatskasse blechen muß, zu einem für die Versicherungsgesellschaft erwünschten Ergebnis geführt, dann war das die Einleitung zu einer neuen Ära der Rentenquerscherer.

Zum Arbeiterschutz im Gastwirtsgerwebe. Die Sachkommission der Gastwirtsgehilfen Deutschlands (Anton Gannhard) hat beschlossen, der Agitation der Gastwirtsvereine gegen die beabsichtigten Schutzvorschriften entgegenzuarbeiten und das gesammelte Material nochmals den Behörden zu überweisen.

Veranstaltungen.

Der sozialdemokratische Wahlverein des fünften Reichstags-Wahlkreises hielt am Dienstag im „Alten Schützenhaus“ seine Generalversammlung ab. Dem Bericht des Vorstandes ist zu entnehmen, daß im verfloffenen Quartal 2 Versammlungen, 14 Gruppensitzungen und 8 Vorstandssitzungen stattgefunden haben. Der Vorstand beschäftigte sich mit der Frage der Neu-Organisation des Wahlvereins und wird in der nächsten Generalversammlung hierüber berichten. Die Mitgliederzahl ist von 605 auf 629 gestiegen. Die Einnahmen betragen einschließlich des Bestandes vom vorigen Quartal von 320,60 M., 542,60 M., die Ausgaben 358,50 M., so daß ein Bestand von 184,10 M. verbleibt. Es sind in diesem Quartal viele Mitglieder mit ihren Beiträgen rückständig. Dem Kassierer wird einstimmig Entlastung erteilt.

Der Vertrauensmann, Genosse Reul, hatte eine Einnahme von 1440,84 M., eine Ausgabe von 1103,74 M. zu verzeichnen und es verbleibt somit ein Bestand von 342,10 M. Das Flugblatt zu den Kommunalwahlen wurde in 16 000 Exemplaren im Kreise verbreitet. Die Lausheit mancher Genossen bei der Flugblattverbreitung wird sehr scharf gerügt.

Der Pressekommision sind erhebliche Beschwerden nicht zugegangen. Die Auflage des „Vorwärts“ ist nicht zurückgegangen; die Einnahmen aus den Annoncen sind gestiegen.

Von der Lokalkommission berichtet zunächst Genosse Spät über die Bemühungen der Berliner, von den Zeltow-Weeslower Genossen ein Lokal an der Oberspree freigegeben zu erhalten. Darauf berichtet Genosse Schulz, daß die Lokalkommission den Beschluß gefaßt habe, die Musiker- und Kleinerfrage aus den an die Sozialhaber gestellten Bedingungen auscheiden zu lassen. — Hieran knüpfte sich eine längere Diskussion. Die Genossen Braun und Noth wenden sich gegen den Beschluß bezüglich der Kleiner, worgegen sich Genosse A. Schmidt mit dem Beschluß sowie mit der Haltung der Lokalkommission, die Lokalfrage an der Oberspree betreffend, einverstanden erklärt und zu regem Besuch der hierzu stattfindenden Protokollversammlungen auffordert.

Darauf erstattet Genosse Köpfe Bericht von der Agitations-Kommission. Die Kommission hat sich vor allem mit der Herstellung des „Märkischen Landboten“ beschäftigt. Im Grenzländer Wahlkreis steht der Partei jetzt kein Lokal mehr zur Verfügung, so daß auch die bevorstehende Kreiskonferenz außerhalb des Kreises tagen muß. Die Genossen werden ermahnt, sich auf die Diskussion über die Frage: „Wie beteiligen wir uns an den Landtagswahlen?“ vorzubereiten.

Unter Vereinsangelegenheiten wird berichtet, daß der Abteilungsführer für die erste Abteilung sein Amt niedergelegt hat. An seiner Stelle wird Genosse Jähresjohn einstimmig gewählt. — Eine Anregung, zur Passafesterei einen Ausflug zu veranstalten, wird angenommen und dem Vorstande überwiesen. Schließlich wird auf den Streik der Flaschenmacher hingewiesen. Die Anwesenden werden aufgefordert, die Ausständigen zu unterstützen. — Außerdem wird noch zu regem Besuch der am Montag stattfindenden Versammlung aufgefordert.

Der Vortrag des Genossen Robert Schmidt wurde bis zur nächsten Mitgliederversammlung vertagt.

Die Arbeiter-Bildungsschule hielt am 23. Juli im Gewerkschaftshause ihre 2. ordentliche Generalversammlung ab. Den Bericht des Vorstandes gab Lammé. Er schilderte die Entwicklung der Schule in dem verfloffenen Vierteljahre als eine recht zufriedenstellende. Noch nie vorher seien im Sommerquartal die Kurse so gut besucht gewesen. Die geringere Teilnahme an dem Kursus Nationalökonomie habe wohl daran gelegen, daß der behandelte Unterrichtsstoff: „Genossenschaftswesen“ bisher noch nicht weitere Arbeiterkreise, wenigstens nicht theoretisch, so lebhaft interessierte. Eingeschrieben waren 523 Mitglieder: 61 Damen, 467 Herren. Von diesen besuchten keinen Kursus 251, einen 227, zwei Kurse 36, drei 10 und alle vier Kurse 4 Personen. Der Besuch der einzelnen Fächer verteilte sich wie folgt: Geschichte: 159, durchschnittlich anwesend 108; Geographie 51 bezw. 36; Nationalökonomie 39 bezw. 25; Rede-Übung 92 bezw. 52 Personen. Soweit Angaben vorlagen, waren von den Mitgliedern organisiert: Nur politisch 20, nur gewerkschaftlich 156, politisch und gewerkschaftlich 197. Den Kassierbericht gibt H. König. Die Einnahmen betragen pro April bis Juni 740,35 M., die Ausgaben 1248,32 M. Die Differenz beträgt somit 507,97 M., so daß von dem Bestande vom 31. März in Höhe von 3359,07 M. noch ein Bestand pro 1. Juli in Höhe von 2851,10 M. verbleibt. Die Höhe der Ausgabe erklärt sich durch eine Anzahl von Neuanfassungen etc., die von der letzten Generalversammlung beschlossen waren und nun zur Ausführung gelangten. Dem Bibliotheksbericht des Genossen Engel zufolge bestand die Bibliothek am 30. Juni aus 1141 Bänden, von denen im letzten Vierteljahre 388 abgegeben wurden. Nachdem Herr Dr. Steiner den Bericht namens des Lehrerkollegiums gegeben hatte, ersuchte Julius Lammé um Entlastung des Kassierers und Bibliothekars. Nach einer längeren lebhaften Diskussion, die sich vorwiegend mit Schulfragen, Unterrichtsmethoden, Grenzen und eventuellen Ausbau der Schule befaßte und an der sich eine große Zahl der Mitglieder beteiligten, wird die Entlastung einstimmig erteilt. Von den vorliegenden Anträgen werden die beiden Anträge des Vorstandes, die Erhöhung des Lehrerkontrahats von 7 auf 8 M. pro Abend und die Bewilligung einer Entschädigung für die Bibliothekare von 25 M. pro Quartal vom 1. April ab gegen eine Stimme ohne weitere Diskussion angenommen. An Stelle des aus Berlin abgereisten Mitglieds Haude wird Schmidt zum Hilfsbibliothekar gewählt. — Für das 3. Quartal 1901 sind Nationalökonomie, Naturerkennnis, Geschichte und Redekunst in Aussicht genommen. Den Unterricht in den beiden letztgenannten Fächern wird Herr Dr. Steiner übernehmen, für die beiden anderen ist bis jetzt noch kein Lehrer gefunden. Nachdem noch verschiedene Wünsche und Anregungen aus den Reihen der Teilnehmer dem Vorstand übermitteln sind, schließt der Vorsitzende die Versammlung mit der Bitte an die Mitglieder, schon jetzt für gute Beteiligung an den Herbstkursen zu agitieren.

Der Centralverband der Zimmerer, Holzstelle Berlin und Vorort, hielt am Sonntag in den Arminkallen seine Generalversammlung ab. Der Kassierer Kube verlies die Abrechnung vom zweiten Quartal. Die Einnahmen und Ausgaben der Holzstelle bilanzierten mit 10 444,95 M. Der Bestand der Lokalkasse betrug 8589,37 M., gegen 2047,25 M. im 1. Quartal. Der örtliche Fonds hatte eine Gesamteinnahme von 24 581,88 M., eine Ausgabe von 2727,53 M., so daß ein Bestand von 22 854,35 M. verbleibt, gegen 22 348,31 M. im vorigen Quartal. Dem Kassierer wurde nach kurzer Diskussion einstimmig Entlastung erteilt.

Ueber die bevorstehende Urabstimmung zur Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung hält der Vorsitzende Knüpfer ein kurzes Referat. Nachdem die 14. Generalversammlung des Centralverbandes beschlossen hat, daß in der Woche vom 4.-11. August in allen Holzstellen Versammlungen stattfinden sollen, in denen die Urabstimmung vorzunehmen ist, haben sich die leitenden Personen der hiesigen Holzstelle dahin geeinigt, am 7. August, abends 8 Uhr, in den verschiedenen Stadtteilen Berlins 6-7 Versammlungen zu diesem Zweck abzuhalten, um allen Mitgliedern die Beteiligung möglich zu machen. Dieser Vorschlag wurde nach kurzer Debatte einstimmig angenommen.

Des Weiteren wird einstimmig beschlossen, beim Hauptvorstand den Ausschluß von 6 Personen, die außerhalb Berlins als Streikbrecher fungierten, zu beantragen.

China.

Ein Edikt des Kaisers von China

Über die Reorganisation des auswärtigen Amtes ist hier eingetroffen, welches sowohl, was die Fassung wie den Inhalt anbetrifft, die fremden Gesandten befriedigt, da es den von ihnen als eine der Friedensbedingungen gestellten Forderungen bezüglich dieses Punktes völlig gerecht wird. In der Einleitung zum Edikt wird angeführt, daß die auswärtigen Angelegenheiten in Zukunft als die wichtigsten Staatsgeschäfte angesehen werden sollen. Das auswärtige Amt erhält den Vorrang vor sechs Ämtern, die früher einen höheren Rang als dieses einnahmen. Das Edikt bestimmt ferner, daß die Gesandten in der Halle empfangen werden sollen, welche bisher nur die nahen Verwandten des Kaisers betreten durften. Auch über etwaige Feste, welche vom Kaiser den Gesandten veranstaltet werden sollen, wird näheres festgesetzt.

Welche Revolution des höchsten Ceremoniells!

Zu wenig abgeschlagene Köpfe.

Das „Reuterische Bureau“ meldet aus Peking: Der deutsche Gesandte ist beauftragt worden, gemeinsam mit den Kommissionen, welche über die verschiedenen zur Unterhandlung stehenden Gegenstände zu beraten hatten, das Protokoll abzuschließen. Die Maßregeln bezüglich der Bestrafung der Urheber der Unruhen werden allgemein als ungenügend angesehen. Die Liste der Schuldigen, welche ursprünglich 160 Namen enthielt, ist auf 54 herabgesunken, da es in den meisten Fällen unmöglich war, den Schuldbeweis zu liefern.

Die Unzufriedenheit der Gesandten über die zu geringe Zahl abgeschlagener Köpfe verstehen wir nicht recht. Oder sollten die „Schuldigen“ gelöpft oder zur Selbstenleibung verurteilt werden, trotzdem sich kein Schuldbeweis gegen sie erbringen läßt?

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der „tolle Baron“ im Stubenarrest.

Frankfurt a. M., 31. Juli. Der „Frankf. Jtg.“ wird aus Straßburg i. E. gemeldet: Die zuverlässig verkantet, traf gestern ein Kriegsgericht aus Straßburg auf Salhof Oberweiler ein, um den Baron Stietencron zu vernehmen. Stietencron soll ein umfassendes Geständnis abgelegt haben. Er wird bis zur Wiederherstellung seines Armes in einem Zimmer seines Schlosses, dessen Zugänge von Polizisten überwacht werden, interniert.

Revolution in Venezuela.

San Juan (Columbien), 31. Juli. (W. Z. V.) Der frühere Präsident des Kongresses Rangel Garceran hat sich mit 5000 Mann an der Grenze von Columbia gegen General Castro erhoben. Die Lage ist kritisch.

Eine Depesche aus Caracas bestätigt die Nachricht vom Aufstande Garcerans gegen den Präsidenten von Venezuela, General Castro. Die Aufständischen stehen bei San Antonio de Tacarua an der Grenze von Columbia. Die Depesche sagt hinzu, die venezolanische Regierung habe 10 000 Mann abgeandt, die Lage sei ernst und es würden weitere Unruhen befürchtet, da im Lande Unzufriedenheit gegen Castro herrsche. Die konstitutionellen Garantien seien aufgehoben und man befürchte auch, daß Verwicklungen mit Columbia eintreten könnten.

Frankfurt a. M., 31. Juli. (W. Z. V.) Aus Nürnberg wird der „Frankf. Jtg.“ berichtet: Der Polizeikommissar nahm entsprechend einer Eingabe einer Pinselarbeiter-Versammlung den Desinfektionszwang für Ziegenhaare in die ortspolizeilichen Vorschriften auf und beschloß, bei der Regierung zu beschwerten, diesen Zwang reichsrechtlich auszusprechen, sowie daß die Heimarbeit für Pinselmacher verboten werde.

Triest, 31. Juli. (W. Z. V.) Der Zustand des Bischofs Staez giebt, wie gerüchweise verlautet, zu Besorgnissen Anlaß.

Trencin, 31. Juli. (W. Z. V.) Auch über die ungrische Pflanz der Kasseler Trebertrocknungs-Gesellschaft ist der Konkurs eröffnet worden.

Kopenhagen, 31. Juli. (W. Z. V.) Aus Reikjavik wird vom 25. Juli (über Leith) gemeldet: Die von Dr. Gudmundsson entworfene Reform der isländischen Verfassung, wonach ein Islander als besonderer Minister für Island in Kopenhagen seinen ständigen Wohnsitz haben soll, ist heute im Unterhause des Althing in zweiter Lesung angenommen worden. Die Annahme im Oberhause wird als sicher betrachtet.

Tönkbyng, 31. Juli. Der Arbeiter A. Ledhnart (N) aus Berlin, welcher seit Freitag in einer hiesigen Metallfabrik arbeitete, amete heute beim Arbeiten mit chemischen Giftdämpfen ein und starb an der Vergiftung auf dem Wege nach dem Krankenhaus. Er hinterläßt Frau und zwei Kinder in Berlin.

Paris, 31. Juli. (W. Z. V.) Bei dem gestrigen schweren Gewitter sind zahlreiche Personen ungelommen. Im Lager von Cortauban wurden 2 Arbeiter, die an der Festungsmauer Schutz gesucht hatten, vom Blitz getödtet, ein dritter wurde gelämt. Im Grenzort Camp de Venal sind neun Personen auf öffentlichem Plage vom Blitze erschlagen worden, desgleichen in Ribas zwei.

London, 31. Juli. (W. Z. V.) Unterhaus. Nach längerer Debatte, in deren Verlauf Redner der rechten Nationalisten und der Radikalen gegen die Bewilligung sprechen, wird die Resolution betreffend Gewährung einer Dotation von 100 000 Pfd. Sterl. an Lord Roberts mit 281 gegen 78 Stimmen angenommen.

Rom, 31. Juli. (W. Z. V.) Nach den Blättern hat Finanzminister Wolleberg seine Entlassung eingereicht, weil der Ministerrat seine Steuerreformpläne nicht billigt. Der „Tribuna“ zufolge wird der Ministerpräsident Zanardelli die Neubestellung dieses wie auch des erledigten Aerbauminister-Postens ohne alle Ueberstürzung in die Hand nehmen.

Rom, 31. Juli. (W. Z. V.) Ein Erdbeben wurde auch in Sestefani (Provinz Caserta) und sehr stark in Portici und Padua verspürt.

Arbeitsmarkt und Handelsverträge.

Der bevorstehende Ablauf der Handelsverträge hat bewirkt, daß seit einiger Zeit in jeder Woche neue Schriften über Handels- und Zollpolitische Fragen auf den Büchermarkt geworfen werden...

Ihrer Art nach lassen sich an der Masse dieser Schriften drei Species unterscheiden. Erstens die im Dienst bestimmter Partei- oder Interessengruppen verfaßten Broschüren...

Diese dritte Art der Schriften ist natürlich die weitläufig wertvollste von allen, und zu ihr gehört die oben angezeigte Calwer'sche Schrift über „Arbeitsmarkt und Handelsverträge“.

„Was ist denn die Wirkung jeden Schutzolls?“ fragt er S. 7 und antwortet: „Die ausländische Konkurrenz einer Ware wird erschwert; der Preiszuschlag an der Grenze gestattet den inländischen Produzenten, auch ihrerseits den Preis um einen bestimmten Prozentsatz in die Höhe zu setzen.“

Es sei, meint Calwer weiter, deshalb nur natürlich, wenn sich der Arbeiter auf den „Standpunkt des Konsumenten“ stellt und vornehmlich von ihm aus die Fragen der Handels- und Zollpolitik beurteilt habe.

Genosse Calwer folgert daraus, daß die sozialistische Arbeiterpartei weder eine Partei des principellen Freihandels, noch des principellen Schutzolls ist; eine Folgerung, gegen die sich nichts einwenden läßt, wenn auch die von ihm beigegebene theoretische Sauce manchen seltsamen Beigeschmack hat.

Indes halten wir uns bei diesen und manchen andern Unklarheiten nicht auf; konstatieren wir: die Arbeiterpartei ist principuell weder für das Freihandels-, noch für das Schutzollsystem, sie hat ihre Stellung nach den besonderen wirtschaftspolitischen Verhältnissen einzunehmen.

Aber Konsequenz ist keine Eigenschaft des Genossen Calwer. Anstatt einfach Konsequenz, wenn wir für das eine oder andere System einzutreten haben und wie heute die Verhältnisse liegen,

kommt er nochmals darauf zurück, daß die Arbeiter nicht immer den Forderungen der Randherren zustimmen könnten. Im ganzen wären zwar letztere ein Element des wirtschaftlichen Fortschreitens, aber es könnte auch Umstände geben, wo die Arbeiter Nachteile vom Freihandel hätten, z. B. könne der amerikanische Stahltrauf auf die Eisenindustrie in Europa und damit auf das Lohnniveau der Eisenarbeiter drücken; auch dürften noch andere „Konstellationen eintreten, welche die Beförderung der internationalen Konkurrenz zu einem Verhängnis für die industriell weniger fortgeschrittenen Länder gestalten können“.

Ganz richtig, es kam unter Umständen, möglicherweise, vielleicht nochmal eine ganz andere Haltung der Arbeiterpartei gegenüber dem Freihandels- und Schutzollpolitik angebracht sein; aber welche Umstände sind dies, und vor allem, welche Haltung entspricht den jetzigen Verhältnissen?

Im zweiten Abschnitt nimmt Calwer endlich einen Anlauf. Er berechnet auf Grund der Produktionserhebungen des Reichsamts des Innern, die er allerdings selbst keineswegs für einwandfrei hält, daß der Anteil des Exports an der deutschen Gesamtproduktion etwa 22,6 Proz. ausmacht, also gut ein Fünftel. Höre also der Export auf, würde ein Fünftel der industriellen Arbeiter arbeitslos usw.

„Um die Industriebevölkerung zu beschäftigen, ist also die Aufrechterhaltung unseres Exports, um sie stetig und ohne wesentliche Störungen und Erschütterungen zu beschäftigen, ist eine Vergrößerung der nationalen Wirtschaftsgebiete auf zollpolitischem Wege, weitgehendere gegenseitiger Vergüt auf Zollautonomie wirtschaftlich benachbarter und ökonomisch gleichartig aufgebauter Länder anzustreben.“

Konsequenterweise darf man erwarten, daß nun Calwer weiter ausführt, wie eine solche Vertragspolitik beschaffen sein muß und welcher Art die Bedingungen sind, unter denen wir zum Abschluß von Handelsverträgen zu gelangen vermögen. Jedoch sein Buch reißt schon wieder ab; er springt auf die Lohnverhältnisse über und erklärt im nächsten Abschnitt: „Die deutsche Arbeiterklasse hat ganz besonders Ursache, auf eine Steigerung des Lohnniveaus hinzuwirken.“

„Es scheint uns“, sagt er daher, „verfehlt, nur immer die schädlichen Einwirkungen insoweit zu bekämpfen, als sie vom Inlande ausgehen. Es lassen sich vielmehr Zustände denken, bei denen einer schädlichen Zollpolitik des Auslandes im Interesse des deutschen Arbeitsmarktes viel energischer und rücksichtsloser zu begegnen ist, als den schwachen Seiten der inländischen Handelspolitik.“

Genau, denken werden sich solche Zustände wohl schon lassen; aber welcher Art sind die, die Calwer sich denkt, welche schädliche Zollpolitik des Auslandes ist gemeint und in welcher Weise haben wir dieser „energisch“ und „rücksichtslos“ zu begegnen? Doch der Gedankenfaden Calwers reißt schon wieder ab, ein lächerlicher Satz und er ist mit einem Male bei den Rohstoffen. Des näheren setzt er auseinander, daß viele deutsche Industrien auf ausländische Rohstoffe angewiesen sind, und meint dann weiter:

„Wenn auch die Erniedrigung der Zölle auf Rohstoffe nicht direkt auf das Lohnniveau einwirkt, so vermag doch eine Erhöhung dieser Zölle die Bewegung der Löhne am Steigen zu verhindern oder sie gar zum Fallen zu veranlassen. Es ist dabei noch zu erwägen, daß wir mit einem Teil der Fabrikate, die wir aus den importierten Rohstoffen herstellen, wieder auf ausländischen Absatzgebieten mit anderen Industrieländern in Konkurrenz treten wollen.“

Ebenso verwerflich sind auch die Lebensmittelzölle; denn sie erhöhen zweifellos die Preise der zollbelegten Ware, und je gewichtiger eine Ware für den Arbeiterhaushalt ist, desto stärker wird die Kaufkraft der Lohnsumme durch eine Verteuerung beeinträchtigt.“

Daraus aber ergebe sich auch die Berechtigung der Opposition der Arbeiterklasse gegen Getreidezölle, auch von agrarischer Seite würde ja zugegeben, daß sie verteuern würden. Allerdings würde, meint Genosse Calwer, der Grad der Verteuerung in liberalen Kreisen stark abgetrieben, und nun macht er sich, indem er die lächerlichen Angaben des „konservativen Handbuchs“ als einschlägige Zahlen zu Grunde legt, daran, auszurechnen, wie hoch eine Arbeiterfamilie durchschnittlich durch die Getreidezölle belastet wird, — und wirklich gelangt er zu einer Gesamtbelastung von 10 Mark pro Jahr.

Viele begonnenen Gedankengänge Calwers sind unvollendet geblieben, ein Resultat haben wir aber doch endlich gewonnen: Rohstoffe und Getreidezölle sind zu verwerfen, denn die ersteren vermögen schädigend auf die Löhne zu wirken, die letzteren den Arbeiterhaushalt zu belasten, wenn auch nur recht wenig. (Ein Schlußartikel folgt.)

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Den Mitgliedern der Lokalkommission Berlins, besonders aber denen der Umgegend zur Kenntnis, daß am Sonntag, den 18. August, die nächste Lokalliste erscheint. Wir ersuchen daher, Änderungen resp. Neu-Aufnahmen bis spätestens Montag, den 12. August, einfinden zu wollen. Für Teltow-Bredlow an R. Prehler, Rigdort, Briesenstr. 69. Für Nieder-Carnim: Paul Kette, Friedrichsfelde, Lichtenberger Brünzen-Allee 20a. Für Potsdam-Osthavelland: Albert Reue, Spandau, Jagowstr. 9. Die übrigen Orte an Gustav Stein, Briesen a. O., Frankfurterstr. 92. Für Berlin sind die Zushriften an den Obmann Carl Scholz, Brangellstr. 110, zu richten. Spätere Einfindungen können nicht berücksichtigt werden, da Nachträge nicht mehr stattfinden. Die Genossen werden ersucht, hiervon Notiz zu nehmen. Gleichzeitig ersuchen wir alle diejenigen, die Auslast in Lokalangelegenheiten wünschen, eine Karte mit Rückantwort zu senden. Bei Hinweisen auf Lokale, die uns nicht zur Verfügung stehen, müssen die Zushriften Name und Wohnung des Abwesenden enthalten, da wir sonst nicht in der Lage sind, den Einsichten zu entsprechen.

Die Lokalkommission. J. A.: Carl Scholz, Brangellstr. 110.

Warnung. Der Colporteur Handwilt, Müllerstr. 48, versucht Abonnement des „Vorwärts“ dadurch zu gewinnen, daß er ihnen verpflichtet, den „Vorwärts“ pro Monat für 80 Pf. frei ins Haus zu liefern.

Es ist ausgeschlossen, daß Herr Handwilt für diesen Preis bei den bestehenden Abonnementbedingungen den „Vorwärts“ liefern kann. Wir müssen es deshalb ablehnen, solche Geschäftsmanipulationen zu unterstützen und werden Herrn Handwilt keine Zeitungen liefern. Um unsere Abonnenten vor Schaden zu bewahren, geben wir dies hiermit bekannt. Die Expedition des „Vorwärts“.

Tokales.

Arbeitshaus und Obdach. Die Bevölkerungsziffer des Arbeitshauses betrug am 30. Juni d. J. 1234 Korrigenden (1077 männliche, 157 weibliche) und 627 Hospitaliten (423 männliche, 104 weibliche), zusammen 1761 Personen. In dem Vierteljahr April—Juni dieses Jahres befanden sich im Durchschnitt täglich 1211 Korrigenden und 645 Hospitaliten in der Anstalt. Die Zahl der Korrigenden war nach 1898 merklich gestiegen, ist aber seit kurzem wieder in langsamem Fallen begriffen. Im Frühjahr wurde, wie noch erinnert sein wird, der Versuch gemacht, die Bewegung der Arbeitshausfrequenz als Material zur Wohnungsnot-Debatte zu verwenden und mit Hilfe dieser Zahlen den Ansturm auf das städtische Obdach, den uns der vorige Oktober gebracht hatte, auf möglichst harmlose Art zu erklären. In einer aus dem Rathause stammenden, von mehreren Berliner Blättern wiedergegebenen Notiz wurde die Behauptung aufgestellt, die Bevölkerungsziffer habe in den letzten Jahren stark abgenommen, weil in neuerer Zeit von Polizei und Gericht hinsichtlich der Ueberweisung von Bettlern und Obdachlosen an die Arbeitshäuser eine mildere Praxis als früher geübt werde. In den Erörterungen über das Thema Wohnungsnot sei das nicht außer acht zu lassen; denn ein Teil der sonst im Arbeitshause untergebrachten Personen bevölkern jetzt als „ständige Kunden“ das Obdach. Wir haben damals gezeigt, daß die Frequenz des Berliner Arbeitshauses nur bis 1898 stark gefallen ist, und daß die darauf eingetretene erneute Steigerung der Arbeitshausfrequenz nicht von einer Abnahme, sondern von einer anfangs mäßigen, aber dann bald zu gewaltiger Höhe anwachsenden Zunahme der Obdachfrequenz begleitet gewesen ist. Einen neuen, zunächst noch nicht sehr bedeutenden Anstieg der Bevölkerungsziffer des Arbeitshauses haben uns erst die letzten Monate gebracht, aber gleichzeitig ist auch die Obdachfrequenz wieder merklich zurückgegangen. Die Frequenzbewegung der letzten Jahre spricht also nicht für, sondern gegen die Ansicht, daß das Obdach sich fällt, wenn das Arbeitshaus sich leert. Auch die Zahlen des Vierteljahres April—Juni dieses Jahres sind nicht weniger als geeignet, diese Behauptung zu stützen.

Eine bessere Regelung der Fahrgeschwindigkeiten soll ein neuer Dienstbefehl bewirken, den die Direktion der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft (oben) ihrem Fahrpersonal hat zugehen lassen. Danach werden in den Dienstfahrplänen neben den Abfahrts- auch die Ankunftszeiten an den Endstationen angegeben werden. Pflicht der Fahrer und Schaffner ist es nun, diese Fahrzeiten „mit peinlichster Sorgfalt“ inne zu halten, und mit Vorbedacht alles zu vermeiden, was zu einer Verspätung oder Verfrüherung führen könnte. Wenn aus irgend welchem Grunde dennoch Verspätungen entstanden sind, so soll der Schaffner durch schnellere Abfertigung an den Haltepunkten danach streben, das Versäumnis nachzuholen, auch darf die vorgeschriebene Fahrgeschwindigkeit ausnahmsweise etwas erhöht werden; das letztere ist aber unzulässig in der Leipzigerstraße einschließlich des Platzes, in der Potsdamerstraße (bis Altkönigsstraße), in der Anhalterstraße (von Schill- bis Anhalterplatz) und in allen diesen Straßen bleibt es bei der vorgeschriebenen Höchstgeschwindigkeit von 10 Kilometern pro Stunde. Die zulässigen Fahrgeschwindigkeiten auf den übrigen Strecken werden an den Oberleitungsarmen durch farbige Ringe bezeichnet werden; und zwar bedeutet: ein hellroter Ring um den Mast in halber Höhe eine zulässige Höchstgeschwindigkeit von 16 Kilometern in der Stunde, ein blauer Ring eine solche von 20 und ein gelber Ring eine solche von 25 Kilometern pro Stunde. Wechselt die Höchstgeschwindigkeit an einem Punkte, so bedeutet der untere Ring die aufzugebende, der obere Ring die neu anzunehmende Höchstgeschwindigkeit.

Die Schuvorrichtung bei der Straßenbahn bedürfte sich Dienstagmorgen in einem eigenartigen Falle. In der Brunnensstraße nahe der Rheinbergerstraße lief ein Hund dicht vor einem heranlaufenden Straßenbahnwagen der Strecke Gesundbrunnen-Kreuzberg über den Fahrdamm. Der Wagenführer ließ die elektrische Bremse spielen, wobei sich die Schuvorrichtung selbstständig auslöste und im nächsten Augenblick war der Vierfüßler in dem Fangnetz eingeschlossen. Der Adler war derartig verdrückt, daß er nach Auslösung des Fangnetzes noch sitzen blieb und erst heruntergeholt werden mußte.

Seine Gattin erschossen hat gestern morgen der Kaufmann und Hauseigentümer Anechtel aus der Joffenerstraße 1. Anechtel erschien auf der Kriminalpolizei in sehr erregtem Zustande und stellte sich selbst mit der Angabe, daß er seine Gattin erschossen habe. Nach einem Paß, der der That vorausgegangen sei, habe er nach seinem ihm zur Hand liegenden Revolver gegriffen und in der Wut auf seine Frau geschossen. Daß er sie getroffen habe, sei sicher, ob er sie aber getötet habe, wisse er nicht genau, da er sofort davongelaufen sei. Die Kriminalpolizei stellte durch eine Anfrage bei dem zuständigen Polizeirevier fest, daß Frau Anechtel, die in den Hals getroffen wurde, bereits verblutet und tot sei. Daraufhin wurde Anechtel in Haft genommen. Wie inzwischen bekannt geworden ist, haben die Anechtel'schen Eheleute eine zeitlang von einander getrennt gelebt. Ein Ehecheidungsprozeß war eingeleitet, doch kam es nicht zu einer Scheidung. Vielmehr wurde der Frau im Säbnermin aufgegeben, zu ihrem Mann zurückzukehren und that dies auch am 3. Juli. Das Ehepaar lebte aber nach wie vor uneinig mit einander und Jänereien standen auf der Tagesordnung. Ein solcher Streit fand gestern wiederum statt, wobei der Mann so aufgebracht wurde, daß er zur Waffe griff. Eine 16 Jahre alte Tochter der beiden Eheleute befindet sich von Hause abwesend auf einer Sommerreise.

Ueber die Familienverhältnisse, die im Hause befanden, wird ein trauriges Bild entworfen. Der 32 Jahre alte Kaufmann Edgar Anechtel hatte früher in der Paruthstr. 22 eine Tapiserie-Großhandlung und wohnte mit seiner um 8 Jahre älteren Frau, drei Töchtern und einem Sohn in der Solmsstr. 22. In seinem Geschäft war eine Buchhalterin Geisler tätig, mit der er ein Verhältnis einging. Im Jahre 1898 siedelte er in sein Haus Joffenerstr. 1 über. Während die Ehefrau mit den Töchtern die Wohnung im ersten Stock nahm, bezog er mit der Geisler und dem Sohn andere Räume im vierten Stock. Das gab den Anlaß zu einer Trennung. Rau nahm Anechtel mit der Geisler die untere Wohnung ein. Seine Frau mußte er unterhalten. Dies Leben dauerte etwa 6 Jahre. Nachdem er sein Geschäft verkauft hatte, wollte er die Unterhaltungsspflicht der Frau gegenüber los sein und forderte sie zur Rückkehr auf. Die Frau stellte als Bedingung die Entfernung der Geisler und kam am 3. Juli d. J. Mit der Geisler, die nach der Bellealliancestraße verzogen war, verschwanden aber auch er und sein 16jähriger Sohn, um zunächst eine Sommerwohnung zu nehmen. Anechtel wollte aber augenscheinlich seiner Frau Widerwärtigkeiten bereiten; am Dienstag ließ er durch seinen Sohn an die Mieter Pettel des Inhalts verteilen: „Rau die Mietquoten, die an mich persönlich, jetzt Paruthstr. 22, 1 R. gezahlt werden, erkenne ich als rechtskräftig an“. Der Junge fügte noch hinzu, daß an die Mutter nicht gezahlt werden solle. Außerdem war die G. inzwischen aus der Sommerfrische zurückgekehrt, und man nimmt an, daß Anechtel auf ihr Betreiben — er bestreitet das allerdings — zu seiner Frau gegangen sei. Die Wohnung besteht aus 3 Zimmern und Küche. Davon hatte sich er eins vorbehalten und mit einem Feldbett und einem dreibeinigen Sofa versehen. Dies Zimmer hielt er stets verschlossen und hatte wohl zu seiner „Sicherheit“ die Thür mit Eisenblech und starken Riegeln versehen lassen. Wahrscheinlich hat er mit der Frau Streit gesucht; denn sie stand weinend an

* Richard Calwer, Mitglied des Reichstags, Arbeitsmarkt und Handelsverträge. Frankfurt a. M., Dr. Eduard Schnapper. 39 S. 80. Preis 90 Pf.

einem Fenster. Die beiden Töchter — eine ist vor einiger Zeit gestorben — waren abwesend, es fehlten also Zeugen. In der Zeit, in die er sich hineingeredet hat, ergriff er schließlich den Revolver und schoss. Darauf teilte er seinem Bruder in der Barutherstraße den Vorfall mit, und beide kamen zurück. Als er sah, was geschehen war, rannte er fort, um sich selbst der Behörde zu stellen. Ein Arzt, den der Bruder herbeirief, konnte nur den Tod feststellen. Der erschossene Frau wird nur gutes nachgesagt, während der Mann als jähzornig und seiner Frau und den Töchtern wenig zugetan geschildert wird.

Ins Wasser gegangen ist die 40 Jahre alte Plätterin Anna Brill aus der Roganzstr. 18b, nachdem sie ihre ganze Wirtschaft in den letzten Tagen zu Schleuderpreisen bei Pumpenhändlern zu Geld gemacht hatte. Sie bewohnte dort erst seit 4 Wochen Stube und Küche, und bald darauf stellten sich fieberartige Erscheinungen bei ihr ein. Obgleich sich niemand um sie bekümmerte, glaubte sie sich von allen beleidigt und beschimpfte alle Personen, die ihr begegneten. Am Dienstagmorgen entfernte sie sich aus der Hauslichkeit, die sie bereits aufgelistet hatte; heute wurde sie als Leiche aufgefunden.

Unerkannt bleiben will eine Frau, deren Leiche hinter der Artillerie-Kaserne gelandet wurde. Die Frau, die in der Mitte der vierziger Jahre gestanden haben mag und wohl der gebildeten Ständen angehört, hatte die Beiden aus der Wäsche herausgeremmt, bevor sie den Tod im Wasser suchte. Sie ist etwa 1,43 Meter groß, dunkelblond und etwas ins Graue spielend, und hat ein schwarzes Kleid, einen grünen Unterrock, schwarze Gamaschen und schwarze Schuhschäfte.

Aus der Feuerweh-Ausstellung. Die Geschäftsleitung ist fortwährend befreit, durch Vorträge und Vorführungen neuer Erfindungen und Entdeckungen auf dem Gebiete der Elektrotechnik das Publikum zu unterhalten und anzuregen. Insbesondere findet die singende Vogenlampe, vorgeführt von der Aktiengesellschaft Nix u. Genest, großes Interesse. Es ist das Verdienst eines deutschen Physikers, des Professors Dr. Simon in Frankfurt a. M., diese Erscheinung zuerst physikalisch begründet und experimentell dargestellt zu haben. Ihm gelang es, mit Hilfe einer telephonischen Sprechstation aus größerer Entfernung den Flammebogen einer Vogenlampe berartig zu beeinflussen, daß er beliebige Töne und sogar Musik und Sprache deutlich wiedergibt. In der That bilden diese Erscheinungen mehr als eine interessante Spielerei: sie eröffnen die Perspektive für die drahtlose Telephonie. Und diese wieder würde ein höchwichtiges Faktor für den Schiffsdienst in Kriegs- und Friedenszeiten sein. Große Scheinwerfer mit Vogenlichtern von ca. 50 Millionen Normalkerzen Leuchtkraft sind schon jetzt im Gebrauch. Diese mächtigen Einzellichter (Lichtkegel) können auf viele Kilometer Entfernung geworfen und, weil beweglich, auf bestimmte Ziele, z. B. ein Schiff, konzentriert werden. Im Verein mit diesen mächtigen Lichtkegeln findet die Selenzelle Verwendung. Trifft das Strahlenbündel des Scheinwerfers die Selenzelle, so wird ihr Widerstand und damit derjenige eines angeschalteten Stromkreises geändert, die Telephonapparate in diesem Stromkreis werden in Tätigkeit gesetzt — der Lichtstrahl vertritt hierbei gewissermaßen den Leitungsdraht — die Selenzelle empfängt wie ein Mikrophon: das Telephon spricht. Die Aktiengesellschaft Nix u. Genest hat die im Kuppelsaal des Ausstellungsgeländes stattfindenden Vorführungen gegenwärtig nach dieser Richtung erweitert, um die dem Publikum noch wenig bekannten wertvollen Eigenschaften des Selen zu illustrieren. Zu diesem Zwecke ist an einem Ende des Saales in einem Holzgehäuse eine Selenzelle aufgehängt, am anderen Ende befindet sich eine Vogenlampe mit kleinem Scheinwerfer. An die Selenzelle ist der große Glockenturm der Firma, welcher in der Nähe des Versuchs- und Leuchtungs-feldes aufgestellt gefunden hat, beziehungsweise eine im Saal montierte Wegeröhre mit Glühlampe angeschlossen. So oft nun der Lichtstrahl des Scheinwerfers auf die Selenzelle gerichtet wird, ertönen sämtliche Glocken des Turmes, ebenso der Weger im Saale, die Glühlampe leuchtet. Der große Vorteil der drahtlosen Telephonie gegenüber der drahtlosen Telegraphie, welche übrigens demnachst an dieser Stelle durch die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft vorgeführt werden wird, besteht in der bequemen Richtungsgebung der Lichtstrahlen auf ein bestimmtes Ziel. Wenn die praktische Verwertung der drahtlosen Telephonie auch noch in weitem Maße liegt, so ist immerhin die physikalische Grundlage bereits gegeben, auf welcher eine solche aufgebaut werden kann.

Der Verein für Aquarien- und Terrarienkunde „Nymphaea alba“ zu Berlin veranstaltet in der Zeit vom 9.—19. August d. J. im Klubhaus, Landbergerstr. 39, eine Ausstellung von Aquarien und Terrarien, in- und ausländischen Tieren und Pflanzen sowie allen zur Liebhaberei gehörigen Hilfsmitteln etc.

In der Urania werden am Freitag und Sonnabend die Projektions-vorträge „Wittemeer-Fahrten“ und „Kaiserliche Wanderungen durch die Mark Brandenburg“ zum letztenmale stattfinden. Von Sonntag, den 4. August, ab wird der dekorative Vortrag „Aus dem Tagebuch der Erde“ von Dr. Schwahn auf dem Spielplan der Urania gesetzt werden.

In der Poliklinik für Kinder, die unter der Leitung des Gehemrats Henner steht und nach dem Hauptgebäude der Charité verlegt wurde, ist eine Änderung insofern eingetreten, als die Stunden für die Behandlung nicht mehr auf die Zeit von 12—1, sondern von 11—12 Uhr wochentäglich entfallen.

Aus den Nachbarorten.

Aus Nixdorf. Mit dem Bau des Sticksalons durch die Köllnischen Wiesen wird voraussichtlich noch in diesem Herbst begonnen werden. Die mit den Anliegern geführten Unterhandlungen wegen Uebnahme von Kostbeiträgen sind sämtlich zu einem befriedigenden Abschluß gelangt, auch ist die Aufnahme einer Anleihe zur Dedung der auf die Stadt entfallenden Kosten bereits genehmigt worden. Sobald die Anleihe realisiert ist, soll mit dem Bau begonnen werden.

Als ein ungetreuer Angestellter erwies sich der Antiker Gustav Weirich, welcher bei dem Futtergroßhändler Wienzel in Nixdorf beschäftigt war. Weirich hatte auch bei den Kunden seines Arbeitgebers das Zutasso zu besorgen. Diese Gelegenheit benutzte er dieser Tage, um 600 M. der einlastigsten Gelder zu unterschlagen, worauf er mit einem ihm unbekanntem Manne nach Hamburg fuhr. Hier spielte W. den reichen Mann und verübte in Gemeinschaft mit seinem neugewonnenen Freunde an einem Tage 100 M. Als W. am nächsten Morgen in Altona erwachte, war sein Freund und mit demselben der Rest des unterschlagenen Geldes verschwunden. W. ging nun zur Polizei und machte von dem Diebstahl Anzeige, da er aber über den Erwerb des Geldes widersprechende Angaben machte, wurde er selbst in Haft genommen. Auf eine Anfrage bei der Berliner Kriminalpolizei ergab sich, daß W. von derselben wegen der begangenen Unterschlagung bereits gesucht wurde, weshalb er gestern nach Berlin übergeführt und nach dem Moabitler Untersuchungs-gelängnis gebracht wurde.

Ein Straßenbahn-Unfall ereignete sich am Mittwochvormittag 10 Uhr in der Bergstraße. Ein Motorwagen der Linie Preig-Niederschönhausen fuhr mit einem Geschäftswagen so heftig zusammen, daß letzterer stark beschädigt wurde. Das vor dem Geschäftswagen gespannte Pferd wurde von dem Straßenbahnwagen gegen einen Brauerwagen gestoßen, kam aber anscheinend unverletzt davon. Die Schuld an dem Zusammenstoß wird dem Wagenführer der Straßenbahn zugeschrieben.

In einer Sandgrube häuslich eingerichtet hatte sich ein von hier polizeilich ausgewiesener Arbeiter Baumann. In der Nacht zum Mittwoch wurde er jedoch von der Polizei aus seinem Quartier herausgeholt und in Haft genommen. In der Nähe seines Lagers befanden sich zahlreiche leere Brühflüssigkeitsbehälter, doch bestreitet W., dieselben gestohlen zu haben.

Wasser-versorgung der Vororte. Der Berliner Magistrat hat sich bereit erklärt, den Vorort Friedrichshagen an das Wasserwerk Raggelsee anzuschließen und der Gemeinde das entnommene Wasser mit 10 Pfennigen pro Kubikmeter zu berechnen. Es wird demnach ein entsprechender Vertrag zwischen Berlin und

Friedrichshagen auf 50 Jahre geschlossen werden. Dieser Beschluß des Berliner Magistrats ist insofern von großer Bedeutung, als auch andre Vororte, wie wir berichteten, Mariensfelde, Friedrichsfelde, Weihensee, Lichtenberg usw. ihre Abwässer gerne aus Berliner Riesel-felder leiten und eventuell auch Wasser von Berlin entnehmen wollen. Die Verhandlungen mit den Vororten sind teilweise schon im Gange. Gleich Friedrichshagen kann auch Mariensfelde nur Kanalisation anlegen, wenn ein entsprechender Vertrag zu Stande kommt.

Vom Tode des Ertrinkens errettet. Die „Sigl. Zeitung“ berichtet folgendes: Am letzten Sonntagvormittag badete in den Wassern der Spree in Nieder-Schöneweide ein etwa 50jähriger Mann, Namens Paul Piesch, wohnhaft zu Berlin, Oppelnerstraße. Der Mann war sonst ein guter Schwimmer, mutete sich aber diesmal eine ziemlich anstrengende Schwimmutätigkeit zu. Als er sich in der Mitte des Stromes befand, es war gegenüber dem Restaurant „Lorelei“, verlor er ihn plötzlich die Kräfte und er sank unter. Dies hatte der Bootverleiher August Vert aus Nieder-Schöneweide bemerkt, und ohne Zögern warf er sich in die Fluten, um den Verunglückten zu retten, was ihm auch gelang. Ebenso war es möglich, den bereits Leblosen wieder zur Besinnung zurückzurufen.

Ein schwieriges Rettungswerk vollbrachten einige Berliner Schwimmer am Sonntagabend in Plohnsee. Nach Einbruch der Dunkelheit kenterte ein Boot ca. 40—50 Meter vom Ufer entfernt und die Insassen, drei Herren und eine junge Dame, stürzten ins Wasser. Die Herren retteten sich durch Schwimmen, während die Dame versank. Vier Mitglieder des Schwimmclubs „Poseidon“, Berlin, hörten vom Garten der Pantheischen Bade-Anstalt die Hilferufe, warfen schnell ihre Kleider ab und schwammen zur Unfallstelle. Es gelang trotz der Dunkelheit den Herren E. Trese und Letterstedt, die Dame unter Wasser aufzufinden, wobei ersterer in ernster Gefahr geriet, dadurch, daß die Verunglückte sich ihm um die Weine klammerte, ihn so am Schwimmen verhin-derte. Erst den gemeinsamen Anstrengungen der beiden Herren, denen die Brüder des Herrn Trese zu Hilfe eilten, gelang die Rettung der Dame. Der Besitzer der Badeanstalt, Herr Panzier, rief die Bewußtlose ins Leben zurück, und durch sorgfältige Pflege erholte sich die Dame so, daß sie sich im Laufe der Nacht, von dem Personal des Herrn Panzier mit Garderobe versehen, ihren Angehörigen zugeführt werden konnte.

Ein schwerer Raubfall ist in der Nacht am Montag an der in der Redligerstraße 1 zu Potsdam wohnenden Rentnerin Fräulein Regenbank verübt worden. Fräulein R., welche ihr Garten-grundstück augenblicklich allein bewohnt, wurde nachts gegen 12 Uhr durch ein unflätiges Geräusch aus dem Schlaf geschreckt und bemerkte zu ihrem Entsetzen zwei Unbekannte, die sich im Neben-zimmer beschäftigten. Die Dame stieß einen Hilferuf aus, doch schon im nächsten Augenblick sprang einer der Eindringler an das Bett von Fräulein R. und drückte ihr die Kehle zu, um sie am weiteren Schreien zu hindern. Inzwischen erbrach der zweite Verbrecher Schränke und Schreibe-pult und wühlte den Inhalt der Behälter durcheinander. Die Ausbeute der beiden Verbrecher war jedoch nicht allzu bedeutend, da Fräulein Regenbank, die schon mehrmals von Dieben heimgesucht worden, vorsichtigerweise keine Wertgegenstände in ihrer Wohnung aufbewahrt. Mit zwei goldenen Taschenuhren und 70 Mark Bargeld zogen die Räuber von dannen. Fräulein R., die glücklicherweise keinen körperlichen Schaden erlitten, ist leider nicht in der Lage, eine nähere Beschreibung von den Verbrechern zu geben, da sie in der Dunkelheit wie auch wohl infolge der ausgehenden Aufregungen weder die Gesichtszüge noch die Kleidung der beiden Eindringler erkennen konnte.

Wo wohnt man gesund, billig und angenehm? — In den Vororten an der S-Bahn! — Plakate derartiger Inhalts konnte man in den letzten Wochen tagtäglich an den Berliner Anschlagtafeln sehen. Jeder Leser glaubte, und das war der Zweck dieser An-schlagungen, in diesen Vororten müßte ein wahres Dorado für Wohnungsmieter sein; das ist nun keineswegs der Fall. In den Vororten an der S-Bahn herrscht die Wohnungsnot genau so, wie in Berlin und die Mieten sind unerhöht in die Höhe geschraubt. Zahlt man doch in Friedrichsfelde für zwei Stuben und Küche 270 bis 300 M. Das Armenhaus in diesem Vorort ist seit dem vorigen Umzugstermin überfüllt. Die Gemeinde-vertretung, die aus Hausbesitzern und Bauerntumsbesitzern besteht, ver-hält sich demgegenüber vollkommen passiv. Als seiner Zeit die Steuer-play-Steuer eingeführt werden sollte, lehnten die Herren die Steuer ab mit der Begründung, daß dann die Daulust zu sehr gesteigert würde. Die Herren wissen schon, daß nur bei einer Wohnungsnot ihr Weizen blüht. Hoffentlich sind unsre Parteigenossen bei der nächsten Wahl auf dem Posten, um aus ihren Kreisen einige Ver-treter in den Gemeinderat zu entsenden.

Zu Besitz einer großen Summe Geldes war eine Frau, deren Leiche gestern in Mellendorf bei Jossen aufgefunden wurde. Bei ihr fanden sich eine Eisenbahn-Fahrlatte Schönberg-Mellendorf, ferner 300 M. in barem Geld. Der Trauring der Toten hat das Zeichen A. F. 1867. Endlich hatte sie noch eine silberne Herren-Demontouruhr bei sich. Die Leiche wurde zunächst in Wilmersdorf untergebracht.

Gerichts-Beitrag.

Durch Verteilen einer Druckschrift am Sonntag sollten sich die Parteigenossen Scheer und Wiedemann gegen die Verstromungs-Berordnung vom 20. März 1899 vergangen haben. Sie waren in Worsfelweg von Haus zu Haus geritt und hatten in den Häusern die Schrift: „Die ein Pfarrer Sozialdemokrat wurde“, an die Bewohner abgegeben. Das Landgericht zu Schweidnitz verurteilte die Angeklagten zu Geldstrafen, indem es annahm, daß es sich um eine öffentlich bemerkbare Arbeit handle, die an Sonntagen nicht vorgenommen werden dürfe. Für die Angeklagten legte Rechtsanwalt Th. Viehnecht Revision ein und machte geltend, daß hier von einer öffentlich bemerkbaren Arbeit nicht die Rede sein könne, weil die Beschuldigten nach den gerichtlichen Feststellungen die Schriften unter dem Rock und in den Rocktaschen verborgen getragen und sie nur in den Häusern abgegeben hätten. Das Landgericht im Ort könne auf keinen Fall als Arbeit angesehen werden. Uebrigens wäre auch das Verteilen von Flugchriften ohne Entgelt keine Arbeit. Es fehle ferner an jedem Anhalt, daß das sonntägliche Geschäft der Zuschauer durch das Hin- und Herlaufen der Flugblattverbreiter verletzt worden sei. — Der Ferien-Straßenrat des Kammergerichts verurteilte die Revision mit folgender Begründung: „Es sei festgestellt, daß die Angeklagten mit vollgepackten, ab-sehenden Kleider-taschen von Haus zu Haus gegangen seien und in den Häusern über 100 Schriften verteilt hätten. Wenn nun das Landgericht sage, das auffällige geschäftliche Umherlaufen zum Zwecke der Schriftverteilung sei mit einer gewissen An-strengung verbunden gewesen, und wenn es in dieser Tätigkeit eine öffentlich bemerkbare Arbeit sehe, so sei hierin ein Rechtsirrtum nicht zu erkennen.“

Das Kammergericht wäre damit von seiner bisherigen Auf-fassung, daß es sich in solchen Fällen um eine öffentlich sichtbare Arbeit handeln muß, d. h. die Flugblätter offen getragen werden müssen, um ein Vergehen gegen die Verstromungsordnung zu kon-struieren, zurückgekommen und es wäre die weitere Folgerung nicht mehr ausgeschlossen, daß sozialdemokratische Ausflüge gegen die Verstromungsordnung überhaupt verlohren, weil das Spazierengehen eine öffentlich sichtbare Arbeit ist. Der Erfolg wäre ein großartiger. Es wäre den Sozialdemokraten am Sonntag die Vogelschießerei der Lokale unmöglich, und niemand könnte mit einem Sozialdemokraten auf einen Spaziergang zusammen kommen. Anstatt eines sozialdemokratischen Flugblattes erhielt man nur ein Traktätchen in die Hand gedrückt, denn es wird nicht notwendig sein, daß man die Verteilung der Traktätchen als öffentlich bemerkbare Arbeit erkennt und gleichfalls bestrafte. Am Sonntag wäre die Sozialdemokratie lahm gelegt und der gute Bürger wird seufzend hinzufügen, wenn's nur erst an den andern sechs Tagen dem Kammergericht auch gelingen wäre!

Unzulässige Polizeiverordnung. Das Einführen von Bier in Steinbrüchen hatte der Landrat des Kreises Burg durch Polizei-verordnung verboten. Den Arbeitern sollte es jedoch gestattet sein, sich Bier mit zur Arbeit zu bringen. Gegen jenes Verbot sollten sich die Angeklagten Micholohy, Zambanien und Breca dadurch vergangen haben, daß sie in einem Steinbruch bei Gommern Bier einfuhrten. Das Landgericht Magdeburg als Berufungsinstanz sprach jedoch die Angeklagten mit folgender Begründung frei: Das Verbot des Biereinführens sei rechtswidrig, denn es entbehere der gesetzlichen Grundlage. § 6 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung biete eine solche nicht. Allerdings gehöre danach zu den Gegenständen polizeilicher Regelung auch die Sorge für Leben und Gesundheit, und es sei richtig, daß durch das Verbot der Möglichkeit, sich zu betrinken und dann im Steinbruchs-betriebe Schaden zu nehmen, vorgebeugt werden solle. Das Verbot, Bier einzuführen, enthalte aber eine Beschränkung der persönlichen Freiheit und sei deshalb unzulässig. Auch werde durch das Einführen von Bier an sich noch niemand gefährdet. Eine andre Frage wäre es, ob nicht der Steinbruchsbesitzer dagegen vorgehen könne. Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein und betonte, es wäre nicht richtig, daß durch das Verbot die persönliche Freiheit in unzu-lässiger Weise beschränkt werde. Die Arbeiter dürften sich ja das Flaschen-bier, das sie brauchten, mit zur Arbeit bringen. Demgegenüber erschiene es unerheblich, daß es ihnen erschwert werde, im Steinbruch selbst oder in der Nähe das Bier zu kaufen. Uebrigens habe die Gesamt-heit und das Gemeinwesen ein Interesse daran, daß nicht die Trans-ucht gefördert werde, so daß eventuell auch § 81 des Polizei-Verwaltungs-gesetzes in Frage käme, wonach polizeilich alles geregelt werden könne, was im Interesse des Gemeinwehens liege. — Das Kammergericht verwarf indessen die Revision als unbegründet, indem es sich den Gründen des Landgerichts anschloß. Eine rechtsirrtüm-liche Nichtanwendung des § 6 a bis i des Polizei-Verwaltungs-gesetzes könne nicht angenommen werden.

Der berühmte § 181 Absatz 2 N.-Str.-G.-B. trägt einer armen Witwe, die gebildet haben soll, daß ein Schäfer mit ihrer Tochter in Langenzenn (Bayern) intim verkehre (der betr. Schäfer hat mittlerweile das Mädchen längst geheiratet) wieder einmal von der Strafkammer 3 Tage Gefängnis ein. Wann wird endlich einmal dieser nette Paragraph, der den gemeinsten Demunziationen Ehre und Thor öffnet, einer Revision unterworfen werden, damit diese dem Rechtsbewußtsein weiter Bevölkerungsschichten wider-sprechende, willkürliche richterliche Auslegung unmöglich wird.

Eine Schwindlerin, die den Gerichten schon viel zu schaffen gemacht hat, wurde gestern der ersten Ferien-Strafkammer des Land-gerichts I vorgeführt. Es war die zu Landsberg a. W. geborene Kleinerin Elise Erdmann, deren Straftaten einen anständigen Mann ausmachten. Es ist eine vielseitige Persönlichkeit, die früher bald als Tänzerin, Sängerin, Kaffierin und Stickerin aufgetreten ist. Sie pflegt sich einen hochtönen Namen beizulegen, sich als eine reiche Dame auszugeben und dadurch heiratlustige Männer anzulocken. Im Oktober v. J. hatte sie wegen derartiger Betrügereien eine dreijährige Zuchthausstrafe verbüßt. Schon am folgenden Abend machte sie vor einer Anschlagtafel auf dem Alexander-Platz die Bekanntschaft des Reisenden V. . . Die Angeklagte über-gab ihm eine Visitenkarte mit dem Namen Elise V. . . Betalowska, erzählte, daß sie im Circus Metz als Tänzerin angeheiratet, die Witwe eines russischen Nittergutsbesitzers und enorm reich sei. In nächster Zeit wolle sie ihr Vermögen ausbezahlt erhalten und da benötige sie eines Fremdes, der ihr bei der Unterbringung des Geldes behilflich sei. Der Reisende V. . . hielt sich für eine geeignete Persönlichkeit, um die reiche Witwe zu heiraten und ihr Geld unterzubringen. Es kam zu einer Verlobung. Die reiche Witwe war augenblicklich in Geldverlegenheit, der Bräutigam half gern aus. Nach etwa 14 Tagen entdeckte der letztere, daß er betrogen war, er zog sich, um eine Erfahrung reicher und um etwa 60 M. ärmer, zurück. Schlimmer erging es einem andern jungen Kaufmann, der in die Netze der Angeklagten geriet. Dieser war allerdings noch leichtgläubiger als sein Vor-gänger. Er wurde eines Abends von der Angeklagten in der Friedrichstraße angeprochen. Sie besuchten dann ein Lokal. Hier offenbarte die Angeklagte ihrem Gesellschaftler, daß sie die Comtesse Gisela v. Stutterheim sei und ein Vermögen von 180 000 M. besitze, das vom Rechtsanwalt Wolf verwaltet werde. Bald darauf verlobte sich die „Comtesse“ mit dem Kaufmann, der von ihr veranlaßt wurde, seine bescheidene Stellung im Deutschen Warenhaus zu kündigen. Als der Bräutigam durch den Verkehr mittellos geworden war, wurde er verlassen und der schöne Traum war zu Ende. — Der dritte Versuch war ein Buchhalter aus Rügen, dem gegenüber sie sich als „Gräfin Gisela von Heydebrandt“ vorstellte. Die Angeklagte will einen hiesigen unverheirateten Rechtsanwalt kennen gelernt haben. Bei einem ihrer Besuche bei dem Anwalt entwendete sie ihm einige Briefbogen und Prozeßvollmachts-Formulare. Diese Papiere benutzte sie zu Fälschungen, um damit ihre „Verlobten“ zu täuschen. Außer diesen Straftaten beging die Angeklagte mehrere Diebstähle und Unterschlagungen. Der betreffende Anwalt stellte unter seinem Eide in Urrede, daß er niemals anders als dienstlich mit der Angeklagten zu ihm gehabt, sie habe ihn einmal in seinem Bureau um Rat gefragt und müsse dabei Gelegenheit gefunden haben, die Formulare vom Schreibtische zu entwenden. Die Angeklagte hatte ihrem Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Schmidt noch andere Informationen erteilt, die sich ebenfalls als erlogen erwiesen.

Das Gericht verurteilte die unverbesserliche Schwindlerin zu einer Zuchthausstrafe von vier Jahren, Ehrverlust und 450 M. Geldstrafe, sowie wegen unbefugter Annahme des Adelsprädikats zu 6 Wochen Haft.

Nachspiel zur Affäre West-Schaumann. Der Vorgang der sich in Dresden im März d. J. zwischen dem Arzt Doktor Schaumann, dessen Ehegattin, sowie dem Hauptmann v. West ab-spielte, ist gewiß jebermann nach dem damaligen Erörterungen in der Presse noch in Erinnerung. Herr Dr. Sch. ertrappe bekanntlich seine Frau nachts vor der Jägerkaserne, als sie in Gemeinschaft mit Herrn Hauptmann von West dieselbe verließ. Es gab nach diesem Vorgang später einen Prozeß gegen v. West vor dem Militärgericht, in dem dieser zu drei Monaten drei Wochen Gefängnis verurteilt wurde. Später erhielt v. W. seinen Abschied vom Militär, gerichtlich ver-lautete, daß ihm die Verbüßung der Strafe auf dem Gnadenwege erlassen worden sei. Die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ teilte das seiner Zeit mit, und dieser Kotiz ist bisher von keiner Seite wider-sprochen worden.

Neben andern Blättern behandelte auch die Dresdener Rund-schau den Fall. Später kam sie noch einmal in Nummer 25 auf die Sache zurück in einem Artikel, betitelt: Neues zum Falle Schaumann-West. In diesem Artikel werden gegen Herrn Dr. Schaumann Vorwürfe der schwersten Art erhoben, es wird ihm fortgesetzter Ehebruch mit einer seiner Patientinnen, einem Fräul. Kirten, vorgeworfen; Herr Sch. solle seit Jahren ein festes Liebesverhältnis mit diesem Mädchen, soll sie ausgehalten haben, mit ihr gereist sein usw. Auf diesen Artikel hin begab sich Dr. Schaumann zunächst zu dem Redakteur Quanter, um ihn zu einem Widerruf zu veranlassen. Quanter konnte ihm jedoch die Belege für seine Behauptungen zeigen, die ihn nach Ansicht der Unterzeichneten von dem Polizei-Inspektor a. D. Holstein zugegangen waren. Quanter erbot Dr. Schaumann die Privatklage und es stellte sich dabei heraus, daß die Unterchrift des Inspektors Holstein, wie dieser behauptet, gefälscht worden war. Die Staatsanwaltschaft übernahm nunmehr die Klage als im öffentlichen Interesse liegend und beschlagnahmte die betreffenden Belege, die Quanter inzwischen einem Detektivbureau zur Ermittlung des W-fenders übergeben hatte. Unter dem 11. d. M. wurde nun Redakteur Quanter auf das Bureau der Staatsanwaltschaft gerufen, angeblich um sich einer Vernehmung zu unterziehen, tatsächlich aber, um auf der Stelle verhaftet zu werden.

Am Dienstag wurde nun die Sache vor dem Dresdener Schöff-en-gericht verhandelt. Der Vorsitz führte Amtsrichter Dr. Raumann, die Anklage vertrat Assessor Richter. Redakteur Quanter, der Verleumdung Dr. Schaumann und des Fräuleins Kirten angeklagt, gab zu, jenen

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 1. August.
Opernhaus. Geschlossen.
Schauspielhaus. Geschlossen.
Neues Opern-Theater (Kron).
Im Trianon-Theater: "Lebende Leber". Anfang 8 Uhr.
Im Garten: Täglich großes Konzert.
Schiller. (Morwih-Oper.) Der Barbier von Sevilla. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Die verankerte Glode. Anfang 7 1/2 Uhr.
Festung. Die dritte Eskadron. Anfang 8 Uhr.
Berliner. Tell. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Das blaue Kabinett. Anfang 8 Uhr.
Neues. Schauspiel des Westfälers. Ensemble. Die goldene Bräute. Anfang 8 Uhr.
Westen. Theater Charlotti (Secessionsbühne). Bunte Theater. Ueberbreit. Anf. 8 Uhr.
Central. Die Geisha. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Geschlossen.
Carl Weiss. Madame Bonnard. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der Zigeunerbaron. Anfang 8 Uhr.
Im Park: Großes Doppelkonzert und Spezialitäten.
Velle-Alliance. Frig Reuter. Anfang 8 Uhr.
Im Garten: Großes Gartenkonzert und "Uniges Brett". Anfang 8 Uhr.
Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Der Zauberer am Nil. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Frau Luna. Anfang 8 Uhr.
Poffage-Theater. Damen-Ring-Kämpfe. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 3 Uhr.
Poffage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshallen. Neumann-Bliemchen mit seiner Gesellschaft. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theateraal) Abends 8 Uhr: Die Höhlen des Harzes und ihre Umgebung.
Täglich abends von 5-10 Uhr: Sternwarte.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).
Morwih-Oper.
Donnerstagabend 7 1/2 Uhr:
Populäre Opernvorstellung bei halben Preisen:
Der Barbier von Sevilla.
Romische Oper in 3 Akte v. Rossini.
Freitagabend 7 1/2 Uhr:
102. Gastspiel Heinrich Büchel.
Alessandro Stradella.
Sinfonie: Die Opernprobe.
Sonntagabend 7 1/2 Uhr:
Populäre Opernvorstellung bei halben Preisen:
Don Juan
oder: Der steinerne Gast.
Sonntag nachmittag 3 Uhr:
Bei halben Preisen:
Undine.
Sonntagabend 7 1/2 Uhr:
104. Gastspiel Heinrich Büchel.
Der Troubadour.

Central-Theater.

Heute Anfang 8 Uhr.
Zum 712. Mal:
Die Geisha.
Operette in 3 Akten v. Sidney Jones.
Morgen und folgende Tage:
Die Geisha.

Urania

Tauben-Strasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
Die Höhlen des Harzes und ihre Umgebung.
Invalldenstr. 57/62.
Tägl. Sternwarte.

Zoologischer Garten

Täglich nachmittags 5 Uhr:
Grosses Doppel-Konzert.
Entree 1 Mark.
Von abends 6 Uhr ab 50 Pf.,
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Castans Panopticum.

Friedrichstr. 165.
Neu! Neu! Neu!
Der künstliche Mensch!
Die sensationellste Erfindung der Neuzeit!
Der "Clou" der Pariser Welt-Ausstellung.
Vorstellungen: 12 Uhr mittags, 3, 5, 6, 7 Uhr nachmittags.

Carl Weiss-Theater

Große Frankfurterstr. 132.
Direkt. B. Zimmermann u. O. Schramm.
Lustspiel-Ensemble.
Der liebe Onkel.
Schwank in 4 Akten von H. Kneifel.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
In Vorbereitung: Talalo.
(Sensationalste Liebesverben.)
Im Garten: Neues August-Programm. Theater, Spezialitäten. Anfang 5 1/2 Uhr.
Morgen: Bismarck-Gemälde von Alma Wöllendorf.

Apollo-Theater

Von heute ab:
Vollständig neues
Spezialitäten-Programm!
10 Debuts
Frau Luna
mit dem berühmten
Luftballett Grigolatis.
Anfang 8 Uhr, Sonntags 7 1/2 Uhr.

Puhlmanns Vaudeville-Theater

Schönhauser-Allee 148.
Täglich: Große Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Nur Kräfte ersten Ranges.
Grosser Erfolg! Grosser Erfolg!
Susanne im Bade.
Große Aufführungssperre.
Anfang: Wochentags 4 Uhr.
Sonntags 4 Uhr.
F. Lehmann, Direktor.

W. Noacks Theater.

Brunnenstrasse 16.
Täglich Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Neptun
oder: Verräter in Gips.
Romisches Singspiel in 1 Akt von R. Lindner. Musik von R. Thiele.
Im Saale: Tanzkränzchen.

Metropol-Theater.

W., Behrenstrasse 55-57.
Wiederaufführung
von
Man lebt ja nur einmal!
Henry Bender—Georg Kaiser
Frid Frid—Fritzi Georgette
Vorher:
August-Spezialitäten-Programm.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Max Klems Sommer-Theater

Hasenheide 13-15. — Künstliche Leitung: Paul Mübitz. [16492*]
Täglich:
Gr. Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: Sommerfest. — Jeden Mittwoch: Die beliebtesten Kinderstücke. — Jeden Donnerstag: Elite-Tag.
Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.
2 hochelegante Regelbühnen, Wärfelbühnen, Konditorei, Blumenstand etc.
Sonntag, Montag und Donnerstag in den Sälen:
Familien-Kränzchen.
Etablissement Süd-Ost, Waldemarstrasse 75.
Saal für Fechtübungen und Versammlungen. Mehrere Sonntagsabende sind noch im August, September und Oktober an Vereine zu vergeben.
16592* H. Brüder, Gastwirt.

Neue Welt-Kalender

Im Verlage der
Hamburger Buchhandlung und Verlagsanstalt
Auer & Co. in Hamburg
ist erschienen und von denselben zu beziehen:
Illustrirter
Neue Welt-Kalender
für das Jahr 1902.
Sechszwanzigster Jahrgang.
Preis 40 Pfg.
Bei Einzelbezug bitten wir um Einsetzung
des Betrages nicht zu Wenig für Porto in
deutschen Briefmarken.

Inhalt: Kalenderium. — Volkswesen. — Staatliche Schulung. — Rüstbild. — Meilen und Meere. — Im Kreislauf des Jahres. — Die Geschichte vom starken Mann. — Von Emil Hofmann (mit Illustrationen). — Dem Frühling zu. Gedicht von Ernst Krumpholtz. — Die Sozialdemokratie in der Gemeinde. Von Paul Singer. — Wilhelm Kiehl, ein Charakterbild. Von Robert Schorschel. — Wilhelm Kiehl. Gedicht von Robert Schorschel. — Die Erschließung Chinas. Von Max Schöpfer (mit Illustrationen). — Woher kommen unsere Vorfahren? Von Dr. Kurt Stotz mit 30 Bildern. — Gedicht von Dr. Friedrich Wieg. — Aus den Nachjahren. Erzählung von Robert Schorschel (mit Illustrationen). — Streit. Gedicht von Ludwig Velsen. — Rufe zweier Väter unterm Ausnahmskrieg. Von L. A. — Eine englische Arbeiter-Gewerkschaft. Von Edward Bernstein (mit Illustrationen). — Grabe zur. Gedicht von Ernst Freytag. — Die letzten Reichsrathswahlen in Oesterreich. Von E. Verneker. — Hoch- und Untergrundbahnen. Von A. G. (mit Illustrationen). — Ein französischer Bundesratstreik im 16. Jahrhundert. Von Adolf Braun. — Der Schindler. Gedicht von G. Freytag. — Die letzten Blätter. — Das Schwert des Bürgermeisters. Schwank von G. Freytag. — Für unsere Vorfahren. — Trübsal und Trübsal. — Ein Monatskalender.
Daraus vier Kupfer:
Wilhelm Kiehl — Die Schmittin — Die ersten Ritten — Bauernhochzeit.
Ein Textverbreitend auf Runddruckpapier: Berlin. — Ein Monatskalender.

Berufs-Bekleidung und Wäsche-Fabrik

D. Wurzel & Co.
jetzt: Köpnickersstrasse 160, Mantelstrasse.
Ecke
19092*

Irater - Theater

Kastanien-Allee 7/9.
Täglich:
Auf fremder Erde.
Aufführung mit Gesang und Tanz in 4 Bildern von Hugo Schütz.
Aufftreten der Operette-Gesellschaft Hedwig Döring, des Grotesques-Romikers Paul Coradini, der Gebrüder Damm, Akrobaten. The Garays, Wad-fahrer. Mr. Bartlings lebende Photo-graphien. Konzert und Ball.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Numerierter Platz 50 Pf.
Kalbo.

Reichshallen.

Heute Donnerstag:
Wiederbeginn
der Soiree der
Stettiner Sänger.
Anfang 8 Uhr.


Sanssouci

Im Garten:
Täglich:
Hoffmanns-Nordd. Sänger
und Konzert.
Anfang d. Konzerts 5 Uhr,
der Soiree 7 Uhr, Wochentags 6 Uhr, d. Soiree 8 Uhr.
Entree 30 Pf.
Sonntag, Montag und Donnerstag:
Tanzkränzchen.
Wochentags Vereinsбилет gültig,
Tanz frei.

Gossmann-Konzertgarten

Kreuzbergstr. 43, an der Raghochstraße.
Jeden Sonntag
Frei-Konzert
und Ball.
Montag und
Donnerstag:
Hamburger
Sänger.
Jeden Freitag:
Norddeutsche Sänger.
Entree 20 Pf.
Vorzugsarten 10 Pf.
Bei unangenehm Witterung im Saal.
Nachher: Kränzchen.

Schweizergarten

Am Königsthor. Am Friedrichshald.
Täglich:
Konzert, Theater, Specialitäten-Vorstellung und Ball.
Volksbelustigungen aller Art.
Jeden Abend 10 Uhr:
Moderne Don Juans.

Ostbahn-Park.

Am Küstrinerplatz. Rüdersdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Großes Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Homöopathische Poliklinik
Oranienburgerstrasse 55.
Vom 1. Aug. an täglich
abends 7-8 Uhr.
Dr. med. Schaper,
homöop. Arzt u. Spec.-Arzt
für Haut- und Karakiden,
Frauenkrankheiten.
Königgrätzerstr. 27.
Spr. 9-1. 4-7.

Danfjagung.

Allen Bewandten und Bekannten, sowie unfern werthen Kollegen, ebenso dem Herrn Lehrer aus Schmöholz und dem Angler Herrn Krüger, den Herren vom Dampfer „Buck“ und dem Segler Herrn Schuster, sowie dem Verein der Firma Max Krause für die herzliche Teilnahme bei dem schiedlichen Unglück am Krosin-See meinen tiefgefühltesten Dank.
27258
Richard Holzmann.
Gustav Meier.
Eugen Lesser.
Robert Kleinert.

Künstliche Zähne

ohne Wurzel-Gurferung!
Garantirt schmerzlos!
Zahn- u. Wurzel-Operat., Plomben etc.
Vangjährige Garantie.
Teilzahlung Woche 1 Mark.
Bruno Steffens, Raanderstr. 21

Alle Wanzen

sterben sofort nach Beut durch meinen Wanzenstich. Pl. 0.50 u. 1 Pf. Schwaben, Mücken, Flöhe etc. werden durch mein Pulver vollständig vernichtet. Schilf 30 Pf. 60 Pf. 1 Pf.
1000 Mark Belohnung
zahle demjenigen, der mir einen Nichterfolg nachweist. Zahlreiche Anerkennungen. Nur allein echt bei
15492*
Rugo Barth, Drogerie,
Brunnenstr. 18, Ecke Behrenstr.

Bruch- u. Salonbrille

(sowie sämtliche andern Brennmaterialien) sind billig zu haben bei
Carl Schultz,
Urbanstr. 171.
27285

Schwarzstr. 20. Bäckerei

auch für andre Zwecke, zu vermieten.
29462*
An der Michaelstraße 1 bei der Holzmarktstraße noch zu vermieten
Fabrik-Räume: 20472*
I. Etage 300 Meter,
II. „ 300
III. „ 115 Meter,
IV. „ 150
in belieh. Teilen, Doppeltlicht, Kamin, Wasser- u. Abwasserleitung.
F. Simon, Gertrud. Wäber-Neub. An der Michaelstraße 1.



Schönheit der Zähne ist eine Zierde.

Max Guckel, Lausitzer 2, Zahn-Atelier.

Behandlung von Zahnen und Kieferkrankheiten. Zahnreinigung, Zahnpolitur, Zahnpflege, Zahnersatz, Zahnprothetik, Zahnpulver, Zahnpasta, Zahngel, Zahnpoliermittel, Zahnpolierstein, Zahnpolierpapier, Zahnpolierwolle, Zahnpolierbürste, Zahnpolierseife, Zahnpolieröl, Zahnpoliercreme, Zahnpolierpulver, Zahnpolierstein, Zahnpolierpapier, Zahnpolierwolle, Zahnpolierbürste, Zahnpolierseife, Zahnpolieröl, Zahnpoliercreme.
W. Noacks Festsäle
Brunnen-Strasse No. 16.
Im September, Oktober und November sind noch Sonntagsabende an Vereine zu vergeben. [16792*]
Gespülte allen Freunden u. Bekannten mein Weiss-, Bayrischbier- und gr. Speisegeschäft. Reichhaltiges Frühstück von 30 Pf. Mittag mit Bier 50 Pf. sowie Abendbrot à la carte von 30 Pf. an. 2 Vereinszimmer mit Kamin für 20-30 Personen.
H. Stramm, Neß, Ritterstr. 123.

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.

Jedes 5 Pfennig.
Wort: Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.
Kinderwagen. Sportwagen, Kleinenwahl, Boyar Baby, Invalidenstrolche 100, Frankfurtstrasse 115, Oranienstr. 31, Velle-Alliancestr. 107, Helmckenstr. 24, e, Charlottenburg, Wilmersdorferstr. Nr. 55. Teilzahlung gestattet. 7222*
Nähmaschinen und Feuer-Vericherung vermittelt Gustav Schmidt, Solmsstr. 43, Hof Keller. 8576
Wardinenhaus Große Frankfurterstr. 9, parterre. 733*
Verkaufe mein geräumiges Lokal, Centrum, zwei Vereinszimmer, Regal-bahn, unter jeder Bedingung sofort. Pinger, Schützenstr. 18/19. 27115
Vorkaufsgeschäft mit Kasse verkauft billig Jahn, Cuvrstr. 4. *
Elegante vorjährige Herrenhosen, feine Stoffe 9-12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verandhaus Germania, Unter den Linden 21 II.
Treppeffen billig Fabrik Große Frankfurterstr. 9, parterre. 733*
Schuhgeschäft besonderer Umstände wegen für jeden Preis verhältnissmäßig Urbanstr. 66. 26625*
G-Schiffhandel verkauft Pensler, Stralauer Allee 17 E. 7713*
Bevor Sie eine Bauplatz kaufen, fordern Sie nach Jepsen bei Otto Jeps, nicht an der Bahn. Häufige, gesunde Lage, mit ohne Wald, billiger Lebensunterhalt. 27245

Vermischte Anzeigen.

Nähmaschinenlager sämtlicher Systeme ohne Auszahlung, Woche 1,00. Lieferung sofort. Landbergerstr. 82
Fahrrad, modern, Umfänge halber sofort zu verkaufen. Fran Kusch, Postenstraße 6. 7435
Treppeffen mit Herdenfehlern, Zabrindlerstr. Große Frankfurterstr. 9, parterre. 733*
Französisch (billig) Breitenstraße 5.
Englisch (billig) Breitenstraße 5. *
Verpflichteter Patentanwalt Dammann, Oranienstr. 67, Reichplatz.
Augsbad, Köpnickersstr. 60.
Bäder jeder Art für sämtliche Krankenlassen. 7392*
Metallbruch aller Art kauft Broderick, Doppelreiterstr. 16. 1811b
Vereinszimmer, hahlfeder pfand, Preisprober III 1786. N. S. Wilhelm Gahmann, Badstraße 14.
Electrotechnik Abendkursus beginnt. Jackson, Alte Jakobstraße 24.
Vereinszimmer zu vergeben, auch passend für Jahrsfeste. Dindorf Kurran, Raumstr. 86. 24535*
Unfallfassen, Klagen, Eingaben, Reklamationen. Puffer, Seglerstr. 66. 25705*
Empfehle mein Lokal für Arbeits-nachweis, zwei Vereinszimmer, Regal-bahn. Pinger, Schützenstr. 18/19.

Fahrrad, 50,00, kauft Koplan

Bismarckstr. 22. 7572*
Bücherkauf zu höchsten Preisen. Geyke, Ratzenstr. 101. *
Rechtsbureau, Teilmontstraße 115, Eingabengasse, Ratzenstr. 7532*
Unfallfassen, Invalidenfassen, Oberträge, Eingabengasse, Samale, Bergmannstr. 107. 22635*
Wernau's Behälter und Garten Schmederstr. 23. Sonntag den 25. und Sonnabend, den 31. August noch frei. 751*
Rechtsbureau, Rechtsfälle, Ratzenstr. 101, Eingabengasse, Ratzenstr. 101. 22635*
Mechaniker. Genossen! Für Platin, Zehne, Altertümer zahlst allerhöchste Preise Berlin's Gipsstr. 17a. Laden. 118,5
Fabrikanten von gut gearbeiteten heilpolierten, kleinem Bureaumöbeln wollen ihre Adressen mit Zeichnungen und billigen Preisen niederlegen unter P. 645 Püttner's Annoncen-Expedition, Postenhalerstr. 42.

Möbliertes Zimmer Teilnehmer

gekauft Martheideplatz 14, IV, Schmauch 26305*
Möbliertes Zimmer mit Balkon kann eine junge Dame mit der Tochter zusammen wohnen, zu vermieten. Pansow, Breitenstr. 5 vorn III links. 27325
Möbliertes Zimmer, 12 Mark, Hedwig Viehoff, Kleine Alexanderstr. 32, I. [111/1]
Schlafstellen.
Schlafstelle, möbliert, Bismarckstr. 21, 22, Cuvrstr. 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.
Schlafstelle für Herrn, separater Eingang, billig zu vermieten, Bismarckstr. 41/42, vorn rechter Aufgang 3. Keller. 706
Genosse findet schöne Schlafstelle bei Andrecht, Brandenburgerstr. 7.
Möblierte Schlafstelle, 7 Mark, Herrn, Grüner Weg 70, vorn III links. 27239
Schlafstelle für Parteilgenossen Graunstr. 24, Gardi. 27319
Mietgesuche.
Möblierte Schlafstelle oder Zimmer vom 1. bis 18. August für anständige Dame gesucht, 80. Offerten mit Preisangabe R. N. Postamt 36. 745

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.
Gärtner mit langjähriger Erfahrung im Werkzeuge- und Einjahrgarten für größere Werkzeugefabrik zum sofortigen Eintritt gesucht. Offerten mit Lebensangaben unter M. G. Postamt 94, Berlin O. 7782*
Rahmenmacher verlangt Bogarus, Alexandrinenstr. 22. 27345
Rahmenmacher verlangt Tischlerstr. 70. 745
Korbmacher auf Gehackthörle verlangt Schulz, Langestr. 15. [72/2]
Cienfener gesucht nach Bismarckstr. 59, Wilmersdorf. 7113
Schulreifer Junge verlangt Bar-nimstr. 41. 746
Fahrigmacherin, tüchtige, Lohn, verlangt Wilmersdorf, Bismarckstr. 55 d. 7126
Fleegerin verlangt Gohnowstr. 43. 27265
Kartonschneiderinnen, gelbte, verlangt Schwandt, Neue Jakobstr. 6. 27226
Wamfels auf glatte, unveränderte Jodette verlangt Bruchstr. 52, II.
Aufwärterin verlangt Struwe, Seydelstr. 17, Laden. Weiden vom-mittags 8-12. 27296

Werkmeister-Gesuch.

Eine Fabrik für feinsten Maschinenbau (in Dresden), welche sich hauptsächlich in Ausführung v. Patenten befasst, sucht zum baldigen Eintritt einen durchaus tüchtigen, erfahrenen Werkmeister, welcher im hande ist, penibel genau u. Zeichnung zu arbeiten und mit Energie und Umsicht das Arbeiterpersonal zu beaufsichtigen. Offerten mit Lebensangaben, Photogr. und Preisangaben abzugeben unter D. P. 060, „Invalidenamt“, Dresden. (*
Tüchtige Silberpoliererin gegen hohen Accordlohn kann sich nach Eisenach (Thüringen) werden. Preis-geld wird vergütet. 100/14*
Emil Hopf, Eisenach, Kurstr. 6.